

29. Oktober

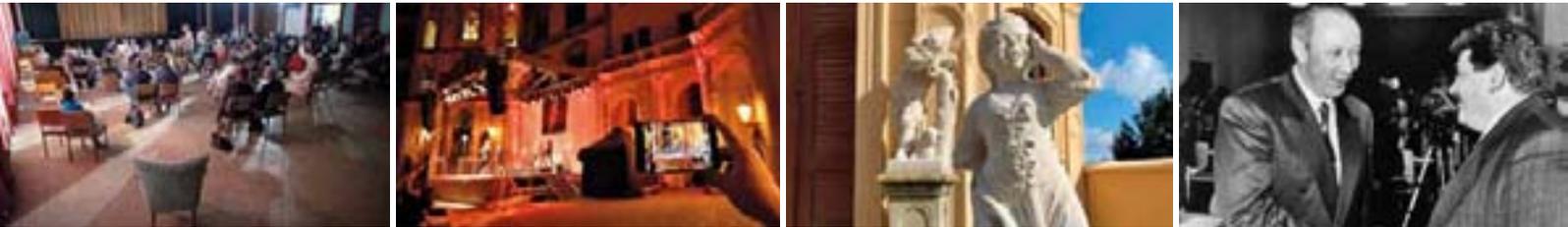
8/2020

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

## 30 Jahre Landtag MV



+++ Streit um Corona-Strategie +++ Das abgehängte Zugprojekt +++ Land verlängert Regelstudienzeit +++ Kein Impfgipfel +++ Weltraumbahnhof in MV? +++ Ein Hausherr ohne Schlüssel +++ „Jahreszeitenkinder“ zurück am Teepavillon +++



Titelfoto: Am 26.10.1990 leitete Rainer Prachtl als neu gewählter Landtagspräsident die erste konstituierende Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. (Jens Büttner)

	AUS DEM PLENUM	
3	Aktuelle Stunde	„30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern – Starkes Land mit klarem Kurs“ auf Antrag der SPD-Fraktion
4 – 10	Auszüge aus der Original-Debatte	Thomas Krüger (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Nikolaus Kramer (AfD), Lorenz Caffier (CDU), Simone Oldenburg (DIE LINKE)
11 – 17	Berichte	Leichter zum Zebrastreifen kommen Streit um Corona-Strategie Was macht die Kunst? Das abgehängte Zugprojekt
18 – 20	Meldungen	Zwei neue Richter am Landesverfassungsgericht Landesverdienstorden wird geschlechtsneutral Land regelt Wahl-Assistenz Land verlängert Regelstudienzeit Mehr Anträge auf Einsicht in Stasi-Akten Wie steht es um die Meinungsfreiheit? „Jung sein in MV“: Bericht liegt vor Kein Impfgipfel Landtag diskutiert über höheren Rundfunkbeitrag
21	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
22 – 24	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Videokonferenz zu Wohnungsbau und Stadtentwicklung Petition eingereicht Weltraumbahnhof in MV? Fachkräftemangel Beschluss zu Zwischenbericht gefasst Drohnen im Einsatz
25 – 29	PANORAMA	„Jahreszeitenkinder“ zurück am Teepavillon Schweriner Schlossrestaurant 30 Jahre Landtag Mecklenburg-Vopommern
30 – 31	Das Schloss vor 30 Jahren	Ein Hausherr ohne Schlüssel
32	Chronik	

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Anna-Maria Leistner

**Layout:** Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 9. Oktober 2020



Kurz vor Beginn der Aktuellen Stunde ist das Medieninteresse groß.

Foto: Uwe Sinnecker

## 30 Jahre MV – eine Bilanz

Eine Aktuelle Stunde über die Entwicklung des Landes

■ **Neubrandenburg. Rostock. Schwerin.** Wer am 2. Oktober 1990 in diesen DDR-Bezirken schlafen ging, wachte am nächsten Morgen – mit wenigen geografischen Ausnahmen – im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern auf. 30 Jahre Deutsche Einheit bedeuten deshalb auch: 30 Jahre MV. Wie hat sich der Nordosten seither entwickelt? Darüber debattierten die Abgeordneten wenige Tage vor dem Landesgeburtstag in der Aktuellen Stunde. Das Thema festzulegen, stand turnusgemäß der SPD-Fraktion zu. Sie blickte in der Debatte ebenso wie CDU und Landesregierung vordergründig auf Erfolge. Die Opposition stellte diesem Blickwinkel Schwachpunkte wie niedrige Löhne und ungleiche Renten gegenüber.

Die Anfänge seien alles andere als einfach gewesen, blickte **Thomas Krüger**, Fraktionsvorsitzender der SPD, zurück. „Vieles wurde zu schnell abgewickelt, zu schnell privatisiert oder durch Strukturen aus den alten Bundesländern ersetzt.“ Mit dramatischen Folgen für die Menschen. Er erinnerte an Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und Strukturbrüche. Heute, 30 Jahre später,

stehe für ihn aber fest: „Mecklenburg-Vorpommern hat sich gut entwickelt.“ Das sei in erster Linie den Menschen im Land zu verdanken, die das zarte Pflänzchen MV hätten wachsen und erblühen lassen. Auch wenn so manche Herausforderung, etwa in Bezug auf niedrige Löhne und Breitbandversorgung, noch zu bewältigen sei: „Die Menschen identifizieren sich mit unserem Land.“

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** bezeichnete MV als „starkes Land mit klarem Kurs“. Einem klaren Kurs für eine starke Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. „Die drei Dinge halten wir in der Politik der Landesregierung zusammen.“ Der Weg dahin sei nicht einfach gewesen. Anfang der 1990er-Jahre habe die Treuhand fast jeden Betrieb stillgelegt. „Ich halte das für einen der Fehler, die in der Wende passiert sind.“ Im Rückblick habe der Osten aber auch dafür gesorgt, dass sich Deutschland modernisiere, vor allem in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und eine gute Kita-Betreuung.

Die vielen Freiheiten, die die Wiedervereinigung mit sich gebracht habe, seien große Errungenschaften, meinte AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer**. „Mit den Freiheiten kamen aber auch die Risiken.“ Sein Fazit falle daher nicht so „schön und rosig“ aus. „Ich sehe hier eine Werttenkrise.“ Hinzu kämen eine Bildungskrise, eine energiepolitische Krise, eine Migrationskrise, eine Lohnkrise und eine Digitalisierungskrise. Das zarte Pflänzchen, von dem die SPD gesprochen habe, brauche

deshalb neue Gärtner.

**Lorenz Caffier** warnte als Redner der CDU davor, Ursachen und Wirkungen durcheinanderzubringen. „Die wirtschaftliche Talfahrt war nicht das Ergebnis von friedlicher Revolution und deutscher Einheit. Sie war das Ergebnis von 40 Jahren Misswirtschaft in der damaligen DDR.“ MV habe sich aber wunderbar entwickelt. Er warb darum, mit Stolz auf die erbrachten Leistungen der vergangenen 30 Jahre zurückzublicken.

**Holger Arppe** (fraktionslos) vermisst die offene Debattenkultur aus der Wendezeit. Das habe damals bei vielen Problemlösungen geholfen. „Heute stehen wir wieder vor einer Vielzahl von Problemen.“ Doch anstatt offen zu diskutieren, würden Andersdenkende diffamiert. Das müsse sich ändern.

**Simone Oldenburg** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE) hob hervor, dass es neben allen Errungenschaften noch immer zahlreiche Ungerechtigkeiten gebe, etwa bei Löhnen, Renten und Lebensverhältnissen. In vielen wirtschaftlichen Bereichen sei MV nach wie vor Bummelletzter. „Das ist weder ein Zeichen von Stärke noch von klarem Kurs.“

In der Debatte meldeten sich noch weitere Redner zu Wort. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de).

Thomas Krüger, SPD:

## „Heute sind wir ein selbstbewusstes Bundesland.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] In der nächsten Woche feiert unser schönes Bundesland seinen 30. Geburtstag. [...]

Wer wie ich die Jahre vor der Wende in der DDR erlebt hat, der hat erlebt, wie die Unzufriedenheit der Menschen gewachsen ist und wie zeitgleich die Erstarrung des Systems der DDR vorangeschritten ist. Der sogenannte real existierende Sozialismus war nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Gleichzeitig haben wir erlebt, dass die Grundfreiheiten, die heute gelten, [...] den Menschen zu gewähren, Grundrechte, die heute im Grundgesetz der Bundesrepublik festgeschrieben sind, Grundrechte, auf die wir stolz sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die politische Wende von 1989 und der sich anschließende Prozess der Wiedervereinigung waren nicht frei von Irrtümern, waren nicht frei von Fehlern. Vieles wurde zu schnell abgewickelt, zu schnell privatisiert oder durch Strukturen aus den alten Bundesländern ersetzt. Letztlich [...] hatte das dramatische Folgen für die Menschen. Wir wissen das, es gab es eine Deindustrialisierung wie zuvor nur durch den Zweiten Weltkrieg.

Meine Damen und Herren, diese schwere Hypothek der Wundefehler in Kombination mit dem maroden Zustand vieler ostdeutscher Betriebe [...] hat dieses Land lange geprägt und tut dies [...] heute. Wir hatten zu tun mit Massenarbeitslosigkeit, [...] einer massiven Abwanderung [...] und [...] permanenten Strukturanpassungen. Heute, 30 Jahre später, können wir trotz aller Baustellen, die noch verbleiben, behaupten, die Deutsche Einheit ist gelungen. Mecklenburg-Vorpommern hat sich gut entwickelt. Das haben die Menschen bei uns im Land erarbeitet.

[...] ich möchte mich an dieser Stelle [...] für die gesamtdeutsche Solidarität bedanken. Es war keine Selbstverständlichkeit, dass auch die Menschen aus den alten Bundesländern bereit waren, hier mit einzuzahlen, hier mitzuhelfen, die ostdeutschen Bundesländer mit aufzubauen, und dafür ein herzliches Dankeschön [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)*

Einen zweiten Dank möchte ich loswerden. Und zwar haben Menschen, die aus den alten Bundesländern zu uns gekommen sind, hier mit angepackt haben, das Land mit aufgebaut haben, die inzwischen hier eine Heimat gefunden haben – wir haben sie damals gebraucht, das ist so [...] und dafür ein herzliches Dankeschön!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Heute [...] sind wir ein selbstbewusstes Bundesland. Wir stehen ökonomisch, wirtschaftlich im Geflecht der Bundesrepublik auf eigenen Beinen. Heute sagen 88 Prozent der Menschen, dass sich Mecklenburg-Vorpommern gut entwickelt hat. Heute sind wir das beliebteste Urlaubsland der Deutschen. Heute haben wir im Vergleich zu 2004 nur noch ein Drittel der Arbeitslosen. Heute sind wir das erste Bundesland, das Kita- und Krippenangebote ganztags kostenfrei anbieten kann. Heute sind wir das Bundesland, das für seine intakte Natur bewundert wird. Heute haben wir eine starke Land- und Ernährungswirtschaft. Heute können wir uns als erstes Bundesland zu 100 Prozent mit Strom aus selbst erzeugten regenerativen Energien versorgen. Wir sorgen mit der höchsten Pro-Kopf-Dichte aller Flächenländer an Polizeizentralstellen für ein sicheres Mecklenburg-Vorpommern, und [...] heute sind wir das Bundesland, was von allen [...] am besten durch die [...] Corona-Krise kommt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[...] richtig ist aber auch, dass wir noch nicht alle Herausforderungen gelöst haben. Wir arbeiten beispielsweise daran, unsere Schulen noch besser zu machen, mehr Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen, ein Problem, was übrigens alle Bundesländer haben. Da ist vieles bereits passiert: Wir sind spitze mit unserer Lehrerwerbungskampagne. Als einziges Bundesland haben wir vier Einstellungstermine für Referendare. Wir bezahlen die Grundschullehrerinnen und -lehrer besser, machen die Arbeit damit attraktiver und natürlich auch im Kontext aller Bundesländer konkurrenzfähiger. Wir haben die Zahl der Studienplätze für das Grundschullehramt verdoppelt und für weitere Schulamtsstudiengänge Ressourcen zur Verfügung gestellt. Wir konnten [...] so viel Lehrer und Referendare einstellen wie in der Geschichte dieses Landes zuvor nicht.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Wir machen damit Schule besser.

Eine weitere Herausforderung [...] sind die nach wie vor viel zu niedrigen Löhne. [...] Wir brauchen [...] endlich eine breite Anwendung von Tarifverträgen. Es reicht eben nicht, wenn nur ein Bruchteil der Betriebe sich an Tarife hält und der Rest der Branche den Wettbewerb über Niedriglöhne austrägt. Deshalb fordern wir Tariflöhne und attraktive Arbeitsbedingungen [...].

Wo wir als Politik die Lohnentwicklung unterstützen können, haben wir das getan. Wir haben als Sozialdemokraten auf Bundesebene den Mindestlohn durchgesetzt. Wir haben hier auf Landesebene [...] den Vergabelohn entsprechend neu aufgesetzt. [...] Aber [...] wir Sozialdemokraten wollen mehr. Wir wollen, dass künftig neben dieser Untergrenze auch beim Vergabelohn der jeweilig gültige Tarifvertrag zur Anwendung kommt. Damit stärken wir dann auch die Arbeitgeber, die sich vorbildlich an Sozialpartnerschaft halten. Tariftreue gehört eben belohnt und nicht bestraft.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[...] letztlich [...] können wir als Politik aber auch nur Druck im Tarifsysteem auflösen, denn [...] Löhne werden nach wie vor von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt. Und es ist notwendig, dass sich möglichst viele [...] Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisieren, dass wir starke Gewerkschaften haben und dass wir darüber auch die Lohnentwicklung nach oben in Gang setzen.

[...] eine weitere Herausforderung ist die immer noch nicht flächendeckend vorhandene Breitbandversorgung. Aus unserer Sicht ist es ein Skandal, dass sich milliardenschwere Telekommunikationsunternehmen seit vielen Jahren weigern können, auch die nicht ganz so profitablen Gebiete auszubauen. Ich bin mir sicher, [...] wäre das ein bayerisches Problem, wäre das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium längst dabei, eine entsprechende Regelung aufzusetzen [...].

[...] stattdessen müssen wir jetzt Steuergelder in die Hand nehmen und mit Steuergeldern die Lücken schließen. Wir tun das. Gemeinsam mit dem Bund investieren wir in Mecklenburg-Vorpommern 1,5 Milliarden Euro [...]. Das ist das größte Infrastrukturprogramm der Geschichte unseres Landes. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den vergangenen 30 Jahren ist es den Menschen im Land gelungen, das im ostdeutschen Vergleich zunächst besonders zarte Pflänzchen Mecklenburg-Vorpommern wachsen und erblühen zu lassen. [...] Die Menschen leben hier gerne und sind stolz auf unser Land.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Lassen Sie uns [...] weiter auf eine lebenswerte Zukunft hinarbeiten! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Torsten Renz, CDU)*

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Der Osten hat dafür gesorgt, dass sich Deutschland modernisiert.“



Foto: Uwe Sinnacker

Wir haben es unseren Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, dass sich Mecklenburg-Vorpommern die letzten 30 Jahre gut und stark entwickelt hat und dass wir in der schwersten Krise, die Deutschland, Europa und die Welt gesehen haben [...] am besten durchkommen. Vielen Dank an unsere Bürgerinnen und Bürger!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)*

1991 hatten wir ein Bruttoinlandsprodukt von 14 Milliarden Euro, 2019 46 Milliarden Euro. Wir hatten noch 2005 die höchste Arbeitslosigkeit mit 26 Prozent und aktuell, trotz Corona, 7,9 Prozent. Das zeigt, wie gut sich die Wirtschaft und auch der Arbeitsmarkt entwickelt haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[...] 1990/1991 lag das Durchschnittsentgelt eines Arbeitnehmers in M-V ungefähr bei 13.000 Euro. Heute sind es 36.500 Euro [...] Es hat sich sehr viel getan beim Thema starke Wirtschaft, beim Thema gute Arbeit, und auch die Löhne haben sich praktisch verdreifacht. Dennoch bleibt das wichtigste Ziel der Landesregierung, weiter dafür zu sorgen, dass unsere Wirtschaft sich weiter gut entwickelt und dass das für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute Löhne bedeutet und dass wir beim Thema Löhne auch vorankommen [...].

Rückblickend können wir aber auch selbstbewusst sagen, dass es Dinge gab, bei denen der Osten eine Vorbildrolle übernommen hat. Das beginnt mit der Erwerbstätigkeit der Frauen. Waren es in der DDR 90 Prozent erwerbstätige Frauen, ging im Westen nur jede zweite Frau arbeiten. Das ging dort gar nicht anders, weil es gar keine Infrastruktur gab. Heute haben sie auf 71 Prozent aufgeholt. Das liegt ganz klar an dem Ausbau der Infrastruktur der Kinderbetreuung. In Mecklenburg-Vorpommern gehen längst mehr als die Hälfte aller



Foto: Uwe Sinnecker

unter Dreijährigen in eine Krippe oder zur Tagesmutter/ zum Tagesvater und 94 Prozent aller Drei- bis Sechsjährigen werden betreut.

Und, meine Damen und Herren, diese Kinder gehen auf freiwilligen Wunsch der Eltern in Krippe und Kindergarten, weil es ein gutes Angebot ist, weil es das überwiegende Lebensmodell ist, dass sich Mütter und Väter wünschen, Beruf und Familie vereinbaren zu können [..]. Ich bin sicher, hätte es die deutsche Einheit nicht gegeben, hätte es hier nicht den Osten als Vorbildrolle gegeben, müssten die Mütter und Väter im Westen immer noch auf Kitaplätze warten.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Der Osten hat dafür gesorgt, dass sich Deutschland modernisiert [..].

Die Aufgaben der nächsten Jahre sind klar: Wir müssen dafür sorgen, dass Wirtschaft und Arbeitsplätze gesichert werden und weiter entstehen. Wir wollen ein soziales Land, in dem Familien, Kinder und Ältere Unterstützung bekommen [..] und wir wollen das Thema „Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ voranbringen. Wir wollen ein Land, das sich nachhaltig entwickelt, in dem wir unsere schöne Natur und Umwelt erhalten und damit auch zukünftige Generationen gesund und glücklich hier leben können. [..]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)*

Nikolaus Kramer, AfD:

## „Geben wir unseren eigenen Bürgern eine wirtschaftliche und soziale Bleibeperspektive!“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste hier im Hohen Hause! Liebe Landsleute! [...]

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, [...]

Vor 31 Jahren begann eine Zeitenwende auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone durch die sogenannten Montagsdemos,

*(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)*

und es gipfelte in den Großdemonstrationen in Leipzig mit einer Menschenkette am 3. Advent, [...]

Und wenn es Sie nicht interessiert, brauchen Sie ja auch nicht zuzuhören.

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich höre aufmerksam zu, aber es interessiert mich nicht.)*

Und heute, rund 30 Jahre später, nach einer Generation wird es Zeit, ehrlich zu bilanzieren. [...] Wir haben wirtschaftliche Freiheiten gewonnen [...] Und wir können heute stolz sein auf die Zehntausenden Unternehmen und Selbstständigen hier bei uns im Land. Mit den Freiheiten kamen aber auch die Risiken. Wir müssen seit Jahrzehnten unseren Werften unter die Arme greifen. Viele bekannte Unternehmen schlossen ihre Pforten, viele vertraute Marken verschwanden. Denken wir nur allein in dieser Legislaturperiode an den Rügener Badungen, den Tutower Senf oder die Jarmener Mühle, um nur einige wenige zu nennen.

[...] Unser Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt 2019 bei lediglich 70 Prozent des deutschen Durchschnitts. [...] Jeder unserer Bürger hat für seine persönlichen Bedürfnisse rund 2.500 Euro im Jahr weniger als im Bundesdurchschnitt zur Verfügung. [...]

Wenn die Lebensverhältnisse nicht gleichwertig sind, dann gehen die Menschen dorthin, wo es besser ist.

*(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

Die Bevölkerungszahlen in Mecklenburg-Vorpommern sind dramatisch zurückgegangen. Im Jahr 1990 hatte M-V 1,9 Millionen Einwohner, heute sind es 1,6. In 30 Jahren also 300.000 Menschen weniger,

*(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

300.000 Menschen, 300.000 Menschen, die unser Land verlassen haben, Herr Krüger. [...] Sie reden doch in diesem Zusammenhang so gern davon, die Fluchtursachen in anderen Ländern zu beseitigen. Fangen wir doch einfach mal bei uns zu Hause an mit der Beseitigung von Abwanderungsursachen!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)*

Geben wir unseren eigenen Bürgern eine wirtschaftliche und soziale Bleibeperspektive! [...]

Seit der Wende haben wir die Institutionen des Rechtsstaates und der Demokratie aufgebaut und mit Leben erfüllt. Damit darf es aber nicht getan sein, wir dürfen uns nicht zurücklehnen.

*(Thomas Krüger, SPD: Wo sind denn Ihre Vorschläge?)*

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung muss täglich aufs Neue verteidigt werden. Dies ist uns nur bedingt gelungen. Nach wie vor schaffen es Mitläufer und Mittäter der alten Diktatur noch in Spitzenpositionen in unserem Land bis ins Landesverfassungsgericht hinein.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)*

[...] Immer mehr Bürger sehen die Fehlentwicklungen und Versäumnisse. Vieles davon kommt ihnen wieder bekannt vor. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Die Bürger hier im Land sehen die vollmundigen Versprechungen aus diesem Hause in den Medien, aber in ihren Jackentaschen haben sie nur leere Geldbörsen.



*(Thomas Krüger, SPD: Fangen Sie doch endlich mal an, Alternativen zu präsentieren!)*

[...] Die Lösungen dafür haben wir Ihnen hier immer wieder aufgezeigt.

*(Thomas Krüger, SPD: Oh! Das ist aber neu.)*

Ändern Sie Ihre Fördermittelpolitik der GRW-Mittel! Hinterfragen Sie die teure Windenergiepolitik! Stoppen Sie Sozialexperimente wie zum Beispiel die Inklusion!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Stärken Sie den ÖPNV im ländlichen Raum! Retten Sie unsere Küstenfischer vor den EU-Bürokraten! Schicken Sie ausreisepflichtige Personen endlich nach Hause!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Treten Sie für eine bürgernahe, sparsame und effiziente Verwaltung vor Ort ein und nicht für eine aufgeblähte Staatskanzlei mit Propagandareferat!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Herr Krüger sprach zum Abschluss seines Redebeitrages von einem zarten Pflänzchen, welches in M-V erblühte. Ich sage, es wird Zeit für neue Gärtner. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Lorenz Caffier, CDU:

„Mir ist aber vor allen Dingen wichtig, was die Menschen in dieser Zeit geleistet haben.“



Fotos: Uwe Sinneker

[...] Wir haben allen Grund, [...] gemeinsam mit Stolz auf das zurückzublicken, was die Menschen in diesem Land in den zurückliegenden 30 Jahren für beachtliche Leistungen erbracht haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

[...] Der 3. Oktober 1990 war der Neuanfang für unser Bundesland. Aber viel mehr noch, er war der Neuanfang für 1,9 Millionen Menschen. Bei aller Freude über das erreichte Ziel, die Wiedervereinigung selbst, war doch auch mehr und mehr spürbar, was den Menschen dabei im Alltag abverlangt wurde. [...] wir müssen uns immer wieder mal an den Zustand der Industrien, unserer Stadtzentren, unserer Straßen, unserer Umwelt erinnern, wie er 89/90 war.

*(Zuruf aus dem Plenum: Genau.)*

Die wirtschaftliche Talfahrt war nicht das Ergebnis von friedlicher Revolution und deutscher Einheit, sondern sie war das Ergebnis von 40 Jahre Misswirtschaft in der damaligen DDR [...].

[...] Die DDR war nicht nur ein politischer Unrechtsstaat, sondern der Sozialismus war auch ökologisch eine Bankrotterklärung.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der CDU und AfD)*



Fotos: Uwe Sinnecker

[...] Ich will gar nicht so sehr vergleichen zwischen 1990 und heute. Ich bin überzeugt, dass sich die zentrale Aufgabe für Abgeordnete nicht geändert hat: zuhören vor Ort, Themen mitnehmen und dann handeln – vollkommen egal, aus welcher Fraktion, einfach mitnehmen und handeln. [...]

Mir ist aber vor allen Dingen wichtig, was die Menschen in dieser Zeit geleistet haben, denn die [...] Entwicklung unseres Landes ist nicht in erster Linie Ergebnis der politischen Entwicklung, sondern es ist das Ergebnis der Menschen [...] die Mecklenburg-Vorpommern zu dem machen wollten, was es ohne Mauer und Stacheldraht schon längst gewesen wäre.

30 Jahre Mecklenburg-Vorpommern löst natürlich auch immer wieder Erinnerungen aus. Ich denke an die emotionale Entscheidung zur Landeshauptstadt zwischen Rostock und Schwerin und Güstrow. [...]

Ich denke aber gerade auch als Innenminister an die Ereignisse, die für unser Land beschämend waren. 1992 entlud sich in Rostock-Lichtenhagen der Hass. [...] Hass und Hetze mögen heute in einem anderen Gewand daherkommen, aber Lichtenhagen lehrt uns, wie wichtig es ist, nichts zu verharmlosen. Der Staat, aber auch die Gesellschaft insgesamt müssen gemeinsam zusammenstehen gegen Hass und Gewalt. [...]

Als Kommunalminister denke ich natürlich auch an die Gebietsreform. Die Diskussion um den Zuschnitt der Landkreise hat gezeigt, wie sehr die Frage der Verwurzelung die Menschen in unserem Land umhertreibt. Und gerade mit Blick auf die Geschichte bis 1990 habe ich es damals immer als ein Glück begriffen, dass wir solche Debatten offen und ohne Ängste miteinander führen können [...]. Die Dörfer, Städte und Landkreise sind eben nicht einfach ein politisches Anhängsel der großen zentralen Parteiführung, wie bis 1990, sondern sie bilden [...] den Kern unseres Bundeslandes [...].

Nicht zuletzt denke ich eben auch als Europaminister an all das, was sich hier in den letzten 30 Jahren verändert hat. Aus der Europäischen Gemeinschaft der 12 ist längst die Europäische Union der 27 geworden [...], zugleich haben wir aber in der Eurokrise 2009 erlebt, dass der immer weiter gehende Weg der Integration auch erstmals auf größere Reserviertheit stieß. [...]

Ich habe zu Beginn gesagt, wie sehr der 3. Oktober für uns alle ein Neubeginn war. Ja, das stimmt, aber die gesamten 30 Jahre waren ein weiterer Veränderungsprozess. [...] Insofern war die Herausforderung, dass wir im Grunde in einer Generation gleich zwei Brüche hatten, natürlich eine besondere, für alle. Ich erwähne das deshalb, weil ich glaube, dass dies ein zentraler Grund dafür ist, wie sich die Debatten in unserem Land verändert haben. Nicht jeder begreift diese Veränderung und diese Geschwindigkeiten immer als einen persönlichen Gewinn. Wir haben hier im Landtag deshalb auch die Aufgabe, Ängste und Sorgen ernst zu nehmen. Wir müssen sie uns nicht immer zu eigen machen, aber wir dürfen uns nicht einfach arrogant über sie stellen.

Mecklenburg-Vorpommern war auch 1990 eins, wenn nicht das schönste Stück Deutschlands. Dank des Zusammenhalts im Land gilt das heute noch, vielleicht sogar ein bisschen mehr. Und gerade die aktuelle Pandemie zeigt, wie wichtig Zusammenhalt ist und wie viel Gestaltungskraft in uns allen gemeinsam steckt. Es waren vielleicht gerade die Erfahrungen dieser 30 Jahre, die uns auch vor etwas wie einer Pandemie nicht verzagen lassen, [...] ich bin überzeugt, dass wir jede Herausforderung meistern werden. Dafür wünsche ich uns viel Kraft und Gottes Segen.

*(lang anhaltender Beifall vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU)*

Simone Oldenburg, DIE LINKE:

„Es gibt keine wirtschaftliche Angleichung und es gibt viel zu wenige Ostdeutsche in Führungspositionen.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...] Danke den Frauen und Männern, die für einen friedlichen Weg in die deutsche Einheit so vehement demonstriert haben, dass das Verschweigen und die rigiden Maßnahmen des Staates es nicht geschafft haben, den Prozess der Millionen zu unterdrücken! Sie haben die Mauer zum Einsturz gebracht, die nicht nur Familien und Leben trennte, sondern die Hunderte Leben gekostet hat.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

[...] wenn im Großen und Ganzen von uns nicht mehr als der grüne Pfeil und das Ampelmännchen akzeptiert und übernommen wurden, müssen wir uns nicht wundern, dass auch nach 30 Jahren die Einheit noch nicht weiter vorangeschritten ist. Hier muss dringend ein Kurswechsel erfolgen, denn die Route ist nicht immer die richtige.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

Aber niemand von uns darf verkennen, dass sehr, sehr viel Geld in den Osten Deutschlands geflossen ist, um die Infrastruktur zu verbessern, um den unermesslichen Sanierungsstau abzubauen, um den Städten neuen Glanz zu geben, die Straßen instand zu setzen und neue zu bauen. [...] Es gab nicht zu relativierende und nicht zu rechtfertigende Einschränkungen in der Freiheit – in der Reisefreiheit, in der Pressefreiheit, in der Meinungsfreiheit. Kein Staat darf versuchen, den freien Willen und die freie Entscheidung seiner Bürgerinnen und Bürger zu unterdrücken und zu verbieten.



Sehr geehrte Damen und Herren, verkennen dürfen wir aber auch nicht, dass wir 30 Jahre nach diesem historischen Glücksfall noch immer genügend Unglück und Ungerechtigkeiten zu verzeichnen haben, die zeigen, dass das Land nicht stark genug ist und der Kurs eben nicht immer der richtige, denn auch nach drei Jahrzehnten gibt es keine gleichen Löhne für gleichwertige Arbeit, es gibt keine gleichen Renten in Ost und West, es gibt keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost und West und auch nicht zwischen Mecklenburg und Vorpommern. Es gibt keine wirtschaftliche Angleichung und es gibt viel zu wenige Ostdeutsche in Führungspositionen des Bundes, aber auch der Landesbehörden in Mecklenburg-Vorpommern. Der Osten ist in wirtschaftlicher Hinsicht schwächer als der Westen und dabei ist Mecklenburg-Vorpommern auch noch am schwächsten.

*(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)*

[...] bleiben wir uns der historischen Dimension der deutschen Einheit bewusst und sorgen wir vielleicht auch wieder durch runde Tische dafür, dass nicht über die Menschen bestimmt und entschieden wird, sondern mit ihnen, damit das Leben eines zufällig in Mecklenburg-Vorpommern Geborenen und ganz bewusst Gebliebenen nicht länger anders, nicht länger schlechter bewertet wird als das eines zufällig in Bayern Geborenen und Gebliebenen!

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

## Leichter zum Zebrastreifen kommen

Landtag drängt darauf, die Hürden für Fußgängerüberwege zu senken

■ Ein paar weiße Streifen auf die Fahrbahn malen, zwei Schilder aufstellen und fertig ist der Fußgängerüberweg? Wenn das so einfach wäre, hätten die Menschen in Jürgenstorf (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) ihr Ziel vielleicht schon erreicht. Sie kämpfen seit Langem für einen Zebrastreifen an der B194, der es vor allem Senioren und Kindern erleichtert, die Straße zu überqueren. Die Anforderungen an solche Überwege sind jedoch hoch. Insbesondere die vorgeschriebene Mindestanzahl an Fußgängern lässt sich in ländlichen Räumen kaum erreichen. Geregelt sind die Vorgaben in einer bundesweiten Verwaltungsvorschrift. Das bedeutet: Land oder Kommunen können sie nicht eigenmächtig ändern. Auf Initiative der SPD-Fraktion erteilte der Landtag deshalb der Landesregierung einstimmig den Auftrag, sich auf Bundesebene für eine Anpassung der Vorschriften einzusetzen. Mit dem Ziel, die Möglichkeiten zur Errichtung von Zebrastreifen auszuweiten.

Nach den derzeitigen Regelungen müssen in der Spitze mindestens 50 Personen die Straße überqueren, erläuterte **Jochen Schulte** (SPD). Er plädierte dafür, sich nicht vornehmlich an solchen Zahlen zu orientieren. „Ist nicht die Gesamtsituation vor Ort das Entscheidende?“ Die bestehenden Regelungen führten zu der „aberwitzigen Situation“, dass es einfacher sei, eine vergleichsweise viel teurere Ampel zu errichten als einen Fußgängerüberweg. Dabei biete ein gut geplanter Fußgängerüberweg laut Unfallforschung genauso viel Verkehrssicherheit wie eine Fußgängerampel. Für die Menschen vor Ort, insbesondere für Familien, Kinder und Senioren, sei das ein ernstes Thema. Der Antrag wolle erreichen, mit geringem Aufwand und ein



Foto: Jens Büttner

Die Richtlinien für Fußgängerüberwege sehen Zebrastreifen dort vor, wo in der Spitzenstunde mindestens 50 Personen die Fahrbahn überqueren und mindestens 200 Fahrzeuge an dieser Stelle vorbeifahren.

bisschen Farbe das Leben der Menschen sicherer zu machen.

Verkehrsminister **Christian Pegel** kündigte an, sich beim Bund für Anpassungen einzusetzen. „Gerade für kleine Gemeinden, die nur wenige hundert Einwohnerinnen und Einwohner haben, ist das häufig eine extrem günstigere Alternative zur der sehr viel teureren Ampel.“ Er machte aber auch deutlich, dass es nicht einfach werde, andere, vor allem viel dichter besiedelte Bundesländer von der Notwendigkeit zu überzeugen: Die vorgegebenen Mindestzahlen von 50 Fußgängern und 200 Autos pro Stunde beruhten auf einem bundesdeutschen Durchschnitt. Auch abseits von Zahlen setze die Verwaltungsvorschrift Maßstäbe an, die viele Gemeinden in MV nicht erfüllen können – zum Beispiel: auf beiden Seiten Gehwege vorzuhalten. Seiner Meinung nach müsste die Verordnung deshalb an mehreren Stellen zugunsten individueller Gegebenheiten vor Ort geändert werden. „Das wird ein nicht ganz einfaches Unterfangen.“

Mehr Sicherheit für Fußgänger – dem schließe sich seine Fraktion an, sagte **Stephan J. Reuken** (AfD). „Unser Bundesland ist das am dünnsten besiedelte und wir haben eine große Zahl kleiner Ortschaften und Siedlungen.“ Das könne nicht unberücksichtigt bleiben. „Aus unserer Sicht gibt es zwei Möglichkeiten, die Situation zu ändern: Entweder man ändert die Verwaltungsvorschrift oder die Richtlinien.“ Letztere stammten noch aus

dem Jahr 2001 und enthielten auch keine weiteren Punkte zum Thema Barrierefreiheit. „Eine Erneuerung dieser Richtlinien ist also ratsam.“ In diesem Zuge könnten dann auch die bereits vorgesehenen Ausnahmefälle für Ortschaften, die aufgrund ihrer Einwohnerstruktur durchs Raster fielen, konkretisiert werden.

Für **Dietmar Eifler** (CDU) greift der Antrag einen wichtigen Punkt auf, um die Lebensverhältnisse der Menschen in Stadt und Land anzugleichen. „Insofern ist er richtig platziert.“ Ein Großteil der Dörfer im Land werde durch Bundes- oder Landesstraßen geschnitten. „Das Verkehrsaufkommen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen.“ Darauf müsse reagiert werden. Im Moment seien den Genehmigungsbehörden jedoch vielfach die Hände gebunden. Mit den angestrebten Änderungen hätte die kommunale Selbstverwaltung mehr Möglichkeiten, Fußgängerüberwege zuzulassen. Dabei gehe es vor allem um Querungen, die Kindern den Schulweg erleichterten oder älteren Menschen den Gang zum Einkauf. Dass im Ergebnis wahllos Zebrastreifen entstünden, schloss er aus. „Das ist nicht zu befürchten, weil die Gemeinden die Entscheidungen verantwortlich treffen.“

„Mit dem Antrag soll mehr Verkehrssicherheit erreicht werden. Das ist gut. Alles, was hilft, Unfälle zu vermeiden und die Sicherheit für alle zu verbessern, begrüßen wir“, äußerte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Zebrastreifen allein könnten

aber nicht der Weisheit letzter Schluss sein. „Die Prioritäten müssen sich grundlegend ändern.“ Die Straßenverkehrsordnung bilde nach wie vor die Interessen von Autofahrern ab. „Die Autoindustrie war jahrzehntelang die Leitbranche des deutschen Kapitalismus.“ Das könne so nicht weitergehen. „Mobilität für alle, Barrierefreiheit, Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheit und Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner – das brauchen wir!“ Dazu brachte sie auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Kilometer pro Stunde ins Spiel.

„Natürlich ist es schwierig, Beamte davon zu überzeugen, dass sie etwas anders machen sollen“, knüpfte **Jochen Schulte** (SPD) an die Bedenken von Verkehrsminister Christian Pegel an. „Auf der anderen Seite muss man auch die Chance sehen.“ Hier gehe es um eine interne Verwaltungsanweisung, die das Bundesverkehrsministerium ohne Bundesratsinitiative oder Gesetzgebungsverfahren relativ einfach ändern könnte. Das einzige, was es hier brauche, sei ein verwaltungsinterner Wille.

Antrag SPD/CDU Drucksache 7/5352

### Stichwort Fußgängerüberweg

67 Jahre – so lange gibt es den Fußgängerüberweg in Deutschland: im August 1953 wurde er in die Straßenverkehrsordnung der Bundesrepublik aufgenommen. Die gesetzlichen Regelungen verpflichteten Autofahrer zu jener Zeit aber noch nicht, an den im Volksmund Zebrastrifen genannten Überwegen anzuhalten. Erst 1964 erhielten Passanten den Vorrang. Geregelt ist das in §26 der Straßenverkehrsordnung. Unter welchen Voraussetzungen Zebrastrifen angelegt werden können, wird in einer „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung“ sowie in begleitenden Richtlinien definiert. Die Verwaltungsvorschrift besagt unter anderem, dass Fußgängerüberwege nur innerhalb geschlossener Ortschaften angelegt werden dürfen, aber nur dann, wenn Fahrzeuge nicht schneller als 50 km/h fahren dürfen und jede Fahrtrichtung nur einen Fahrstreifen hat. Zudem müssen auf beiden Straßenseiten Gehwege vorhanden sein.

## Streit um Corona-Strategie

AfD fordert Aufhebung aller Beschränkungen

■ **Zehn Reden in zwei Stunden, zwei Ordnungsrufe, etliche Kurzinterventionen und viele Zwischenrufe: Mit ihrem Antrag, alle coronabedingten Verbote abzuschaffen, hat die AfD eine hitzige Debatte im Landtag ausgelöst. Gemessen am Verlauf der Infektion seien die Beschränkungen unverhältnismäßig und unverantwortlich, begründete sie ihre Forderung. Widerspruch kam aus den Reihen aller anderen Fraktionen. Sie hielten der AfD vor, mit der Gesundheit der Menschen zu spielen.**

Die Strategie der Landesregierung sei geprägt von „Corona-Panik und Verbotsexzessen“, kritisierte **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD). „Sie reglementieren ohne Sinn und Verstand mit der Brechstange.“ Viele Einschränkungen seien unverhältnismäßig und widersprüchlich: Profi-Fußball mit mehreren Tausend Besuchern sei erlaubt, zu Konzerten dürften hingegen kaum Zuschauer kommen. Hier werde Politik gegen die Bürger betrieben. „Mit verheerenden Schäden für die Wirtschaft, die Freiheit der Bevölkerung und unsere Grundrechte.“ Das stehe in keinem Verhältnis zur Infektionsquote. Diese sei trotz zunehmender Tests nahezu gleich geblieben. „Das, was Sie da immer an Zahlen propagieren, sind Kampfbegriffe, die mit der realen Durchseuchung der Bevölkerung nichts zu tun haben.“ Er forderte ein Umdenken. „Schluss mit der staatlichen Reglementierung!“ Der mündige Bürger könne sich selbst schützen. „Setzen Sie auf die Vernunft der Bürger!“

An erster Stelle stehe auch weiterhin der Infektionsschutz, entgegnete Gesundheitsminister **Harry Glawe** (CDU). Die damit verbundenen Maßnahmen hätten geholfen, die Infektionszahlen im Land sehr niedrig zu halten – auch deshalb, weil sich viele Menschen daran hielten.

Von einer Gefährdung der Grundrechte könne keine Rede sein. Alle Einschränkungen würden ständig überprüft, viele seien inzwischen auch Schritt für Schritt wieder gelockert worden. Das Infektionsschutzgesetz habe am Ende aber immer Vorfahrt. Noch gebe es keinen Impfstoff und niemand wolle Bilder wie in Italien. „Es geht um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Ich glaube, das ist ein hohes Gut. Jeder hat nur das eine Leben.“ Er appellierte an die AfD, die Infektionslage objektiv einzuschätzen und nicht immer denen hinterherzurennen, die bei Anti-Corona-Demonstrationen auf den Reichstag zulaufen oder Zahlen von 1,5 Millionen Demonstranten nennen.

**Torsten Koplín** (DIE LINKE) glaubte nicht, dass dieser Appell fruchten werde. „Die AfD hat ganz andere politische Interessen, die sie mit diesem Antrag verbindet, als Tatsachenbezug und Vernunft.“ Er hielt ihr vor, die Pandemie auf die leichte Schulter zu nehmen und die Gefahren auszublenden. Corona sei ansteckender und gefährlicher als die Grippe. „Wir haben einen höheren Anteil schwerer Krankheitsverläufe.“ Nach wie vor gebe es keinen Impfstoff. „Das können Sie nicht in Abrede stellen.“ Stattdessen komme die AfD mit einem knapp gefassten, fachlich dünnen und „sehr radikalierenden“ Antrag daher. „Man könnte meinen, Sie wollten sich an die Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker heranwaggen“ und dort „politisch Honig saugen“. Der Antrag spiele mit der Gesundheit der Menschen. Doch das sei der AfD egal. „Und was ist der Webstoff einer Politik, der die Menschen egal sind? Das ist der Webstoff totalitärer Ideologie.“

**Julian Barlen** (SPD) sprach von „Menschenleben gefährdenden Forderungen“. Weltweit stiegen die Infektionszahlen derzeit wieder stark an. Dass Deutschland im Vergleich gesehen gut dastehe, liege an seinen klaren und angemessenen Regeln. Ein Weg, hinter dem auch mehr als 80 Prozent der Bevölkerung stünden. Wer das Ende aller Schutzmaßnahmen fordere, nehme mehr Todesfälle und einen neuen Lockdown billigend in Kauf. „Das ist verantwortungslos.“ Er verwies auf eine Studie, wonach vorerkrankte Menschen im Falle einer Corona-Erkrankung durchschnittlich neun Jahre ihrer Lebenszeit ver-

lieren. „Wer hat das Recht, neun Jahre glücklicher Lebenszeit von Menschen infrage zu stellen?“ Niemand habe das Recht, darüber zu richten. „Oder sind neun Jahre glückliches Leben für Sie auch nur ein Fliegenschiss, auf den es nicht ankommt?“ Die AfD kümmere sich „einen feuchten Kehricht um das Wohl des Volkes, wenn in Aussicht steht, mit billigem Populismus etwas Aufmerksamkeit und politischen Profit einfahren zu können“.

Die hohe Zustimmungsrates der Bürger führte **Holger Arppe** (fraktionslos) darauf zurück, dass Politiker und Medien „tag-ein, tagaus Angst, Panik und Hysterie“ schürten. Seiner Meinung nach wäre es angebrachter, sich um die Risikogruppen zu kümmern, anstatt das ganze Volk in Haftung zu nehmen. Viele Bürger befürchteten mit Recht, dass die Corona-Krise auch dazu „missbraucht wird, um Dinge umzusetzen, die unter normalen Umständen so nicht möglich gewesen wären“ – wie die Einführung einer Personenkennzahl.

**Christel Weißig** (fraktionslos) meinte, die Ministerpräsidentin habe MV bislang gut und souverän durch die Pandemie geführt. Verbote als unmenschlich zu bezeichnen, sei starker Tobak. Dass Gesundheitsminister Spahn den Nutzen der Masken am Anfang der Pandemie in Abrede gestellt habe, biete Corona-Leugnern jedoch eine Steilvorlage. „Dass er die Menschen bewusst angelogen hat, weil er keine Masken und Schutzkleidung in ausreichendem Maß hatte, hat bis heute das Gefühl hinterlassen, wir werden belogen, wenn es gerade passt.“

Wären tausende Erkrankte, Tote und überfüllte Leichenhäuser etwa die bessere Alternative, wandte **Sebastian Ehlers** (CDU) ein. Die Argumentation der AfD klinge so, als müsse man sich für die guten Zahlen im Land entschuldigen. „Ich kann klar sagen: Wir müssen uns nicht dafür entschuldigen, dass wir hier als Bundesland bisher am besten durch diese Krise gekommen sind.“ Er halte auch im Rückblick betrachtet die Maßnahmen für verhältnismäßig. Bei allen Diskussionen um weitere Lockerungen dürfe man nicht ausblenden, dass es auch viele Menschen gebe, die das ab-



Foto: Landtag MV

Nasen-Mund-Bedeckungen prägen während der Corona-Pandemie den Alltag der Menschen.

lehnten. „In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns. Deswegen gibt es bei dem Thema auch kein Schwarz-Weiß. Und man kann nicht sagen, alle finden die Maske schlecht.“ Über einzelne Maßnahmen könne man immer diskutieren. Alle Einschränkungen aufzuheben, wäre aber auch mit Blick auf die bevorstehende Grippezeit nicht zu verantworten. Corona sei nun mal keine normale Grippe. Wer das nicht glaube, sollte sich einmal mit Betroffenen unterhalten.

**Dr. Gunter Jess** (AfD) hielt die Gefahr durch Corona nicht für real existierend. Andernfalls würde sich seine Fraktion epidemiologischen Maßnahmen nicht verweigern. „Wer will schon krank werden?“ Die Zahlen der Erkrankten, der schweren Verläufe und der Verstorbenen in MV seien sehr niedrig. 20 Todesfälle – das entspreche einem Anteil von 0,001 Prozent der Bevölkerung in MV (Stand: 24.09.2020). Im Vergleich zu den vergangenen 19 Jahren ergebe sich für

Deutschland auch in der bisherigen Sterbestatistik für 2020 kein außergewöhnlich abweichendes Bild. Die Wahrnehmung des Risikos sei eine „zutiefst psychologische Komponente des Risikomanagements“. Die öffentlich-rechtlichen Medien hätten durch einseitige Berichterstattung gemeinsam mit Politikern und Wissenschaft in der Bevölkerung eine übersteigerte Wahrnehmung erzeugt. Er warnte davor, in Bezug auf Corona „als Volk der Hypochonder“ in die Geschichte einzugehen. „Wir sollten uns ein Beispiel an den nüchternen und sachlich agierenden Schweden nehmen.“

Antrag AfD Drucksache 7/5354

In der Debatte meldeten sich noch weitere Redner zu Wort. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de).

### Corona-Maßnahmen

Die AfD-Fraktion hatte in die September-Sitzung noch einen weiteren Antrag gegen Corona-Schutzmaßnahmen eingebracht. Darin forderte sie, Covid-19-Einschränkungen an Schulen aufzuheben, sofern in deren Einzugsbereichen in den vorausgegangenen zwei Wochen keine Infektionen festgestellt wurden. In Anbetracht des geringen Infektionsgeschehens sei insbesondere die Maskenpflicht unverhältnismäßig und nicht notwendig. Ein Antrag aus der Märchenwelt, kommentierte DIE LINKE. Jede Schulart habe andere Einzugsbereiche. Die Infektionszahlen änderten sich täglich, auch örtlich. Schüler und Lehrer wohnen zudem nicht zwingend

im Einzugsbereich ihrer Schulen, sondern vielleicht in einem Gebiet mit Corona-Infektionen. Wer solle also wie und ohne gegen den Datenschutz zu verstoßen die Forderung umsetzen? Oberste Priorität habe, den Schulbetrieb am Laufen zu halten, sagte die CDU. Dafür kleine Unbequemlichkeiten wie Masken auf sich zu nehmen, sei absolut verhältnismäßig: Sie verringerten die Viruslast. Dem schloss sich die SPD an. Sie hielt der AfD „populistische Klientelbedienung“ auf Kosten der Gesundheit von Kindern und Lehrern vor. Verantwortungsvolle Bildungspolitik sehe anders aus.

Antrag AfD Drucksache 7/5355

## Zukunft der Kunst

DIE LINKE fordert, Kultur zur Pflichtaufgabe zu machen

■ Das Usedomer Musikfestival. Die Literaturtage in Stavenhagen. „Kunst heute“. Drei Beispiele, in denen sich Kunst und Kultur trotz Corona wieder zeigen. Anders als gewohnt. Mit Abstand, Maske und weniger Besuchern. Aber live. In anderen Bereichen darf Kultur noch nicht so weit gehen. Clubs sind weiterhin geschlossen. Und freischaffender Künstler zu sein, bleibt in Zeiten wie diesen eine ganz besonders schwere Kunst. Die Pandemie hat die gesamte Kunst- und Kulturszene auch in MV hart getroffen. Jetzt müsse es nicht nur darum gehen, Kunst und Kultur wieder schrittweise zu ermöglichen, sondern auch als Pflichtaufgabe zu verstehen, forderte DIE LINKE in einer von ihr beantragten Aussprache zur Zukunft der Kultur im Land.

Corona und die damit verbundenen Einschränkungen hätten viele Kulturschaffende in eine Notlage gebracht, veranschaulichte **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE). Das Land habe zwar mit

Hilfsprogrammen reagiert. Gleichwohl fielen gerade solo-selbständige Künstler häufig durchs Raster, weil die Förderbedingungen nicht passten. „Oft blieb ihnen nur der Gang zum Jobcenter.“ Angesichts der prekären Situation sei es wichtig, über die Zukunft der Kultur zu sprechen. Vor allem darüber, sie zur Pflichtaufgabe zu machen. „Wir können und dürfen es uns nicht leisten, auch nur ein einziges Kulturangebot über die Klinge springen zu lassen.“ Das Land fördere zwar Projekte, aber keine Infrastrukturen. Das führe zu prekären Beschäftigungen, Selbstaubeutung und fehlenden Perspektiven. „Warum? Weil die Pflicht fehlt.“ Ihr Appell: „Lassen Sie uns aus der Krise in eine Zukunft schauen, in der politisch, juristisch und natürlich die Akteure beteiligend zugunsten einer Pflichtaufgabe Kultur entschieden wird.“

„Kunst und Kultur sind fundamentale Bestandteile unserer Gesellschaft“, pflichtete Kulturministerin **Bettina Martin** bei. Sie seien nicht nur „Futter für die Seele“, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Gleichzeitig leide gerade diese Branche besonders stark unter den Corona-Auswirkungen. „Viele Künstlerinnen und Künstler haben quasi über Nacht ihre Existenzgrundlage verloren.“ Das Land habe deshalb sehr schnell entschieden, einerseits alle Zuwendungen weiter fließen zu lassen, auch wenn Projekte ausfielen. Und andererseits,

einen Schutzfonds in Höhe von 20 Millionen Euro einzurichten. „Dieser ist immer noch recht gut gefüllt.“ Nachdem viele Betroffene die ersten Monate über Kurzarbeit oder laufende Zuwendungen überbrücken konnten, werde der Bedarf jetzt steigen. „Wir wissen, dass sehr viele Anträge in der Pipeline sind.“ Auch in Bezug auf weitere Lockerungen stünden die Bereiche Kunst und Kultur ganz weit oben. „Wir sehen Kultur als Pflicht an.“ Und: „Wir müssen aufpassen, dass bei uns in Mecklenburg-Vorpommern keine Leerstellen entstehen.“

„Die Kultur im Land leidet Not und braucht dringend Hilfe und Unterstützung, vor allem finanzieller Art“, meinte **Jörg Kröger** (AfD). „Das Motto unserer Fraktion lautet: Kultur ist systemrelevant.“ Gleichwohl dürfe Corona nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch vorher schon Probleme gegeben habe. Kultur sei ein weites Feld. Jörg Kröger spannte den Bogen dabei auch zur „Cancel-Kultur“, die seiner Meinung nach den Schutz von Minderheiten zum Vorwand nehme, „um Meinungsvielfalt und Pluralismus mit den Mitteln massiver Diskreditierung zu unterdrücken“. In den Raum stellte er zudem, „ob die Mauern um jeden Jahrmarkt und verlorene Unbeschwertheit schon vom Kampf der Kulturen zeugen oder zur neuen Normalität gehören sollen“. Er appellierte an die Landesregierung, Künstlern jede mögliche Unter-



Foto: Cornelius Kettler

Im Sommer stellte der Landtag MV im Rahmen der Konzertreihe „AufgeSCHLOSSen“ Künstlerinnen und Künstlern eine Bühne im Innenhof des Schweriner Schlosses zur Verfügung.



Kulturinteressierte müssen wie hier im Großen Saal des Kulturhauses Mestlin auf Abstand sitzen.

stützung zu geben. „Aber hinterlassen Sie bei den Kulturschaffenden, denen Sie Hilfe gewähren, nie den Eindruck, dass Sie dafür erwarten, dass Ihre fütternde Hand dafür gelect wird.“

**Bernhard Wildt** (CDU) verwies darauf, dass nicht nur das Bildungs-, sondern auch das Wirtschaftsministerium Hilfsangebote aufgelegt habe – für Clubs und Live-Spielstätten zum Beispiel einen zweistelligen Millionenbetrag. Auch daran lasse sich der hohe Stellenwert erkennen, den die Kulturbranche für die Landesregierung habe. „Ich plädiere dafür, diesen Status sogar noch zu erhöhen.“ Dazu blickte er auf die spanische Stadt Bilbao, die es mit ihrem Guggenheim-Museum und vielen anderen Kultureinrichtungen geschafft habe, eine ganze Region wirtschaftlich nach vorn zu bringen. In puncto Förderungen sprach auch er sich ebenfalls dafür aus, Zuwendungen weniger an Projekte zu binden, sondern stärker als bisher zu verstetigen. „Wir brauchen diese dauerhafte Perspektive, um bestimmte Themen und Angebote überhaupt verlässlich zu besetzen.“ Dass kein einziges Kulturangebot über die Klippe springen dürfe, sah

er anders. „Es gibt immer ein Kommen und Gehen.“ Gerade die Kulturszene lebe von Dynamik.

Das kulturelle Leben in MV sei seit langem chronisch unterfinanziert. Die Corona-Krise habe diese Entwicklung nun aber noch einmal verstärkt, argumentierte **Holger Arppe** (fraktionslos). Der Kulturszene mit hart erarbeiteten Steuergeldern zu helfen, setze für ihn voraus, dass die Kultur auch alle Bürger anspreche. Dem sei vielfach aber nicht so. „Ich habe seit langer Zeit ein großes Problem mit dem Erscheinungsbild der Kultur.“ Er wünsche sich Kunst, die auch mal „die andere Sicht der Dinge“ darstelle und Diskussionen in der Gesellschaft auslöse. „Das passiert ja alles nicht.“

„Kultur ist wichtig. Und Kultur fehlt“, äußerte **Nadine Julitz** (SPD). Auch viele Vereine fragen sich derzeit, wie es für sie weitergehe. Als Mitglied eines Karnevalsvereins kenne sie die täglichen Fragen und Ängste gut. Von ihrem Stattfinden oder Nicht-Stattfinden hänge viel ab. „Vereinsarbeit, Traditionspflege, Kinder- und Jugendarbeit.“ So gehe es vielen Künstlerinnen und Künstlern in vielen Be-

reichen. „Wir haben eine sehr vielfältige Kulturlandschaft und müssen aufpassen, dass keiner durchs Raster fällt.“ Die sachliche Debatte zeige, „dass alle hier Anwesenden Kultur ernst nehmen, hoch schätzen und bereit sind, so gut es geht zu unterstützen und zu fördern – auch in Krisen, in denen wir alle derzeit stecken“.

„Ja, ein Kommen und Gehen, Abwechslung und Dynamik, Entwicklung und Wechsel – das ist wichtig in der Kultur. Aber wenn Bestehendes durch eine Pandemie ausgemerzt wird, dann ist dieser Prozess nicht entwicklungsorientiert, sondern destruktiv“, entgegnete **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE) der CDU. Sie bat den Finanzminister und den Wirtschaftsminister, sich weiterhin sehr intensiv mit der Kultur- und Kreativwirtschaft im Land zu befassen. „Sie sind wichtige, stabilisierende Faktoren.“ Dazu gehöre auch eine Debatte darüber, wie die Kreativwirtschaft im Land aufgestellt sei, welche Kulturträger es gebe und ob die Zuständigkeiten im Wirtschaftsministerium noch richtig aufgehoben seien oder nicht vielleicht Richtung Kultus wechseln sollten.

## Das abgehängte Zugprojekt

Landtag drängt auf Fertigstellung der Bahnverbindung Lübeck-Stralsund

■ Mit dem Zug von Lübeck über Hagenow/Land und Rostock nach Stralsund. In zwei Stunden und bis zu 160 km/h schnell. Das war der Plan, als der Bund 1991 diese Verbindung zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 1 (VDE 1) erklärte. Es ist bis heute unvollendet. Grund: Der Bund stufte den zweigleisigen Ausbau Rostock/Riekdahl – Ribnitz-Damgarten und Velgast – Stralsund 2010 als unwirtschaftlich ein. Unmittelbar vor dem 30. Jahrestag der deutschen Einheit unterstrichen die Abgeordneten die Wichtigkeit der Anbindung. In der von der CDU-Fraktion angestoßenen Debatte forderte das Plenum die Landesregierung einstimmig auf, gegenüber dem Bund mit Nachdruck auf die Fertigstellung der offenen Teilabschnitte zu drängen.

Das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit Nummer 1“ sei für ganz MV von herausgehobener Bedeutung, betonte **Dietmar Eifler** (CDU). Das Bundesverkehrsministerium bleibe jedoch auch in seinen jüngsten Sachstandsberichten bei seiner Einschätzung, die Pläne aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiter zu verfolgen. „Damit können und wollen wir uns nicht zufriedengeben.“ Er bezweifelte, dass die Bewertungskriterien die verschiedenen Ausgangssituationen der Bundesländer genügend berücksichtigten. „Nur dann, wenn man die Verhältnisse zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg undifferenziert mit denen von MV vergleicht, kommt man wohl zu so einem Ergebnis.“ Es passe auch nicht zu den Klimaschutz-Zielen der Bundesrepublik, die Fahrgastzahlen im Personenverkehr bis 2030 verdoppeln und den Marktanteil im Güterverkehr auf 25 Prozent steigern zu wollen. Dafür müsse in die entsprechende Infrastruktur investiert werden, auch in MV. „Aus diesem Grund haben wir den vorliegenden Antrag eingereicht.“

Die Landesregierung werde sich weiterhin vehement für das Projekt einsetzen, bekräftigte Sozialministerin **Stefanie Drese** in Vertretung für Verkehrsminister Christian Pegel. Den Ausbau der offenen Abschnitte aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen, sei inakzeptabel. Die Ministerpräsidentin werde das Thema im November, bei einem Treffen der norddeutschen Regierungschefs mit dem Bundesverkehrsminister, erneut ansprechen. Mit dem geplanten Deutschlandtakt habe sie dabei ein neues Argument pro VDE 1 im Gepäck. Denn in dem bundesweit abgestimmten Taktfahrplan komme der Hansestadt Stralsund eine besondere Bedeutung zu: „Sie ist der Ausgangsknoten, der erste Nullknoten“ und bilde damit die Grundlage für die gesamten Taktbeziehungen. Das dürfe, ebenso wie der Klimaschutz, in der volkswirtschaftlichen Betrachtung nicht vernachlässigt werden. Dem müsse die Bewertungsmethode Rechnung tragen. Der Antrag stärke der Landesregierung den Rücken für die weiteren Gespräche mit dem Bund.

„Wir sind uns hier, glaube ich, alle einig, dass das Thema Bahn sehr, sehr wichtig für Mecklenburg-Vorpommern ist“, hob **Stephan J. Reuken** (AfD) hervor. „Wir benötigen eine gute Schieneninfrastruktur, um hoffentlich eines Tages als Wirtschaftsstandort so interessant zu werden, wie wir uns das alle wünschen.“ Auch als Alternative zum „künstlich verteuerten“ Auto spiele die Bahn eine wichtige Rolle. „Eines sollte sich jeder bewusst machen: Teure Autos und ein unzureichend ausgebautes Schienennetz sind eine denkbar schlechte Kombination.“ Er frage sich jedoch, wieso sich der Widerspruch gegen das halbfertige Projekt erst jetzt rege. „Hier hätte man schon deutlich früher aktiv werden müssen.“ Das für MV so wichtige Projekt aus wirtschaftlichen Gründen zu stoppen, sei in Anbetracht der Milliarden, die die Deutsche Bahn jährlich erhalte, ein schlechter Witz. „Unter dem Motto ‚Besser spät als



Foto: Cornelius Kettler

Bisher fehlt der zweigleisige Ausbau auf den Abschnitten Rostock/Riekdahl – Ribnitz-Damgarten und Velgast – Stralsund.

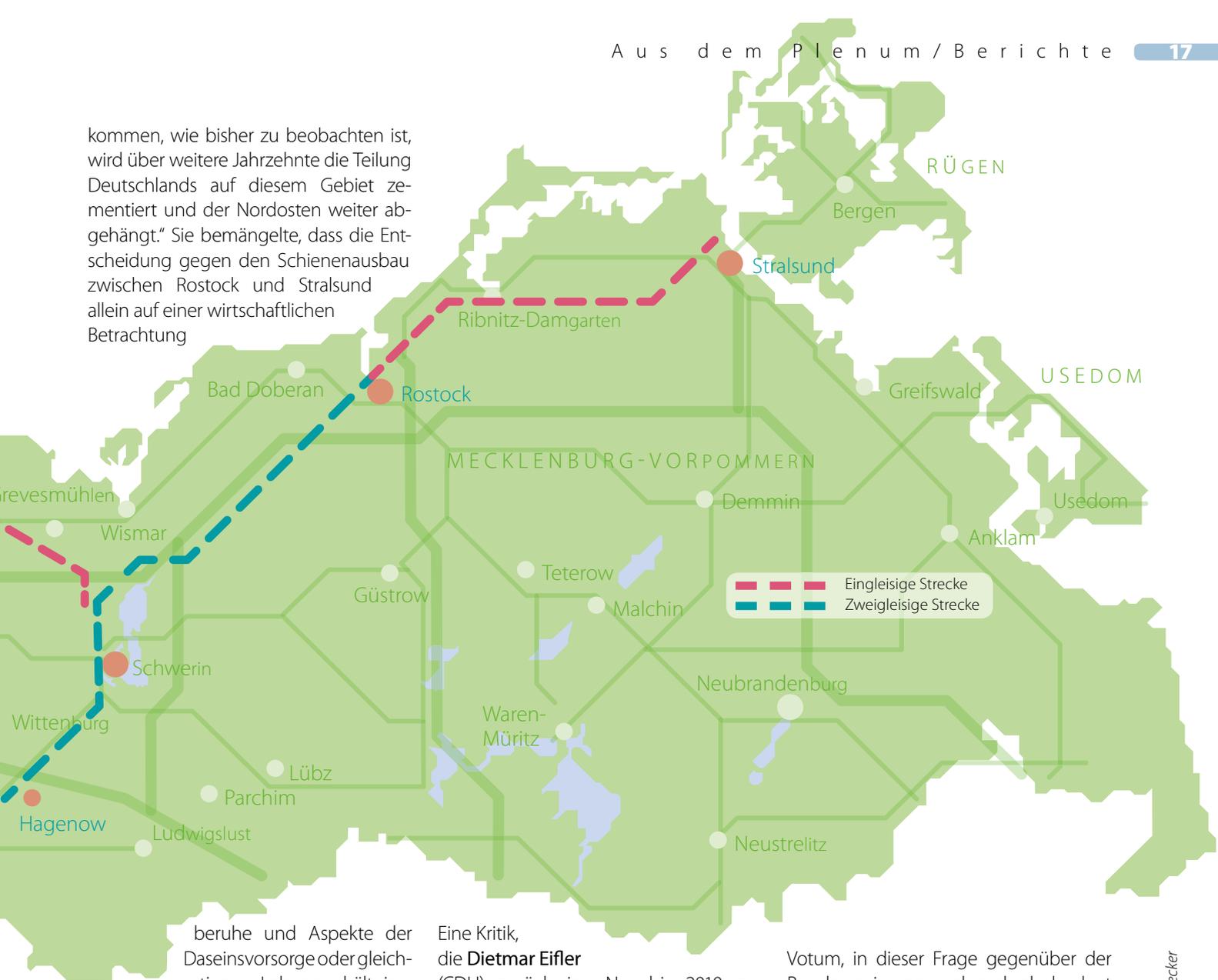
nie‘ werden wir dem Antrag selbstverständlich zustimmen.“

„Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns hier mit diesem Thema beschäftigen“, entgegnete **Jochen Schulte** (SPD). „Es verfolgt die Regierungsfractionen und den Landtag schon seit längeren Zeiten.“ Was die AfD nicht wissen könne, weil es ihre erste Wahlperiode sei. Jedem sei 1990 klar gewesen, dass sich Bevölkerungsdichte und Verkehrsaufkommen hierzulande deutlich von den alten Bundesländern unterscheide. Dennoch habe man das für MV sehr signifikante Verkehrsprojekt geplant. Es in den folgenden 30 Jahren aus volkswirtschaftlichen Gründen dann nicht zu Ende zu führen, halte er für fragwürdig. Er warf der Bundesregierung vor, mit ungleichen Maßstäben zu arbeiten. Als Beispiel führte er den Bahnhof Stuttgart 21 an, an dem trotz einer Kostensteigerung von ursprünglich 4,5 Milliarden Euro auf aktuell 8,2 Milliarden Euro festgehalten werde. Die Bahn selbst habe eingeräumt, dass diese Kosten inzwischen über dem betriebswirtschaftlich erhofften Nutzen lägen, so Schulte. „Deutlicher kann man die Unwirtschaftlichkeit eines Vorhabens nicht zum Ausdruck bringen.“

„Die Verabschiedung des Bundes vom Verkehrsprojekt Nummer 1 wird für die künftige Bahnanbindung Mecklenburg-Vorpommerns erhebliche Auswirkungen haben“, unterstrich **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Der Bundesverkehrswegeplan 2030 weise für den Nordosten deutlich weniger Strecken aus als in anderen Bundesländern und plane für die meisten Züge keinen Stunden-, sondern Zweistundentakt. Daran orientierten sich dann auch die Investitionen. „Wird der Deutschlandtakt so



kommen, wie bisher zu beobachten ist, wird über weitere Jahrzehnte die Teilung Deutschlands auf diesem Gebiet zementiert und der Nordosten weiter abgehängt.“ Sie bemängelte, dass die Entscheidung gegen den Schienenausbau zwischen Rostock und Stralsund allein auf einer wirtschaftlichen Betrachtung



beruhe und Aspekte der Daseinsvorsorge oder gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West gänzlich ausklammere. „Das zeigt deutlich, dass der Osten die CSU-Bundesverkehrsminister Ramsauer, Dobrindt und Scheuer, überhaupt nicht interessiert hat und auch heute nicht interessiert.“

Eine Kritik, die **Dietmar Eifler** (CDU) zurückwies. Nur bis 2010 zurückzublicken, springe zu kurz. „In den zurückliegenden 30 Jahren gab es verschiedene Minister von den unterschiedlichsten Parteien in der Regierungskoalition.“ Die breite Zustimmung zum Antrag gebe der Landesregierung ein gutes

Votum, in dieser Frage gegenüber der Bundesregierung noch mal sehr konkret und aktiv zu werden. Bessere Mobilität und mehr Klimaschutz seien zwei große Ziele. „Das muss man dann auch mit entsprechendem Weitblick gestalten.“

Antrag CDU/SPD Drucksache 7/5351

Grafik: Uwe Sinnecker

### Stichwort: Verkehrsprojekt Deutsche Einheit

1991 hat die Bundesregierung das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit ins Leben gerufen. Dahinter verbergen sich neun Schienen- und sieben Autobahnvorhaben sowie ein Wasserstraßenprojekt. Gemeinsam sollten sie ein Grundgerüst bilden, um ost- und westdeutsche Verkehrswege miteinander zu verbinden und das Verkehrsnetz der neuen Länder zu modernisieren. Das Gesamtvolumen beträgt mehr als 42 Milliarden Euro. Laut Bundesverkehrsministerium wurden bis Ende 2019 37,9 Milliarden Euro investiert und etwa 90 Prozent der Maßnahmen

realisiert. Jedes der 17 Vorhaben hat eine eigene Nummer erhalten. Der 250 Kilometer lange Schienenausbau zwischen Lübeck, Hagenow-Land, Rostock und Stralsund trägt die Nummer 1. Die Planungen sahen vor, die Strecke zweigleisig auszubauen, mit bis zu 160 km/h befahrbar zu machen, Elektrifizierungslücken zu schließen sowie moderne Leit- und Sicherungstechnik einzubauen. 1,1 Milliarden Euro sollten investiert werden. Dem aktuellen Sachstandsbericht zufolge wurden die Maßnahmen für die Streckenabschnitte Hagenow/Land –

Schwerin, Ribnitz-Damgarten – Stralsund sowie Ventschow – Blankenberg – Warnow umgesetzt und bislang 583 Millionen Euro investiert. Als die Bundesregierung 2010 den Bedarfsplan für die Verkehrsprojekte überprüfte, kam sie zu dem Ergebnis, dass sich der geplante zweigleisige Ausbau Rostock/Riekdahl – Ribnitz-Damgarten/West und Velgast – Stralsund volkswirtschaftlich nicht rechnen. Diese Maßnahmen wurden deshalb nicht weiter verfolgt und 2015 aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen.

Quelle: Bundesverkehrsministerium

## Meldungen

### Zwei neue Richter am Landesverfassungsgericht

Das Landesverfassungsgericht hat zwei neue stellvertretende Mitglieder: Jeannette von Busse (CDU) und Klaus Mohr. Die Wahl war notwendig, weil zwei andere stellvertretende Mitglieder ausgeschieden sind. Die Bausenatorin von Greifswald folgt mit 49 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen auf Dr. Axel Schmidt. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Klaus Mohr (SPD) tritt mit 50 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen die Nachfolge von Lutz da Cunha an. Beide frisch gewählten Stellvertreter wurden am Tag nach ihrer Wahl im Landtag vereidigt. Das Landesverfassungsgericht in Greifswald ist, wie Landtag und Landesregierung, ein Verfassungsorgan des Landes. Es tritt nur bei Bedarf zusammen. Ihm gehören sieben reguläre und sieben stellvertretende Mitglieder an. Sie werden vom Landtag in geheimer Wahl gewählt und üben ihr Amt ehrenamtlich aus. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre. Vorgeschlagen werden die Kandidaten vom sogenannten „besonderen Ausschuss“. Für die Wahl erforderlich ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Landtagsabgeordneten.

*Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses Drucksache 7/537*

### Landesverdienstorden wird geschlechtsneutral

Wenn Ministerpräsidentin Manuela Schwesig Bürger mit dem Landesverdienstorden auszeichnet, machte es bislang einen Unterschied, ob sie ihn einer Frau oder einem Mann überreicht: Frauen wird er in Form einer Schleife angesteckt, Männern wie eine Medaille umgehängt. Das soll sich nach dem Willen der Landesregierung ändern: Künftig soll es den Verdienstorden nur noch in einer Ausführung geben – als zeitgemäße, geschlechtsneutrale Umhänge-Variante. Ziel sei mehr Einheitlichkeit, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in der Einbringung eines entsprechenden



*Traditionell wird der Landesverdienstorden beim Neujahrsempfang der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten verliehen. Foto: Jens Büttner*

Gesetzentwurfs. Er wurde ohne Aussprache und einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Der Landesverdienstorden ist der höchste Orden, den das Land vergeben kann. Als Zeichen der Anerkennung für besondere Verdienste, zum Beispiel im sozialen Gemeinwesen, in Wirtschaft oder Kultur. Die Voraussetzungen für die Vergabe regelt das Landesordensgesetz. Das rote Flügelkreuz mit dem goldenen Medailon wurde 2001 eingeführt und 2002 zum ersten Mal verliehen. Traditionell geschieht das beim Neujahrsempfang der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten. Bislang wurden rund 50 Personen mit dem Orden ausgezeichnet – zuletzt, im Januar 2020, die ehemalige Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts Hannelore Kohl, der Theologe Christoph de Boor und der Goalball-Sportler Reno Tiede. Bürgerinnen und Bürger für den Orden vorzuschlagen, das obliegt der Ministerpräsidentin, der Landtagspräsidentin und für ihren jeweiligen Geschäftsbereich den Mitgliedern der Landesregierung. Jeder Bürger kann sich aber mit Anregungen an sie wenden.

*Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 7/5348*

### Land regelt Wahl-Assistenz

Mecklenburg-Vorpommern muss sein Landes- und Kommunalwahlgesetz anpassen. Grund dafür ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Es urteilte 2019, dass Menschen, die auf eine gerichtlich bestellte Vollbetreuung angewiesen sind, nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfen. Konkret geht es bei der Gesetzesänderung um Assistenzregelungen für Menschen mit Behinderungen. Im Wesentlichen werden die bestehenden Regelungen erweitert bzw. konkretisiert. Die von der Landesregierung vorgeschlagenen Anpassungen sollen unter anderem klarstellen, dass sich

die Unterstützung nur auf technische Hilfe beziehen darf. Die Wahlentscheidung an sich muss hingegen von der wahlberechtigten Person selbst getroffen werden. Jede Hilfeleistung, die nicht dem Willen des Wahlberechtigten entspricht, ist unzulässig. Der Gesetzentwurf zeigt damit die Möglichkeiten und Grenzen zulässiger Assistenz und die Schwelle zur Strafbarkeit auf. Darüber hinaus stellt er klar, dass jede wahlberechtigte Person ihr Wahlrecht nur einmal und persönlich ausüben darf. Nachdem der Bund sein Wahlrecht bereits angepasst hat, gleicht das Land nun sein Recht an. Am Ende der ersten Lesung wurde der Gesetzentwurf einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 7/534*

### Land verlängert Regelstudienzeit

Studierende in MV können ein Semester länger studieren, ohne ihre BAföG-Ansprüche zu verlieren. Der Landtag hat dem Vorstoß der Koalitionsfraktionen mit großer Mehrheit zugestimmt. Hintergrund sind die coronabedingten Einschränkungen im Lehrbetrieb. Die Hochschulen im Land hätten in den vergangenen Monaten zwar viel getan, um nach dem Lockdown wieder einen möglichst umfassenden Lehrbetrieb herzustellen. Geschlossene Bibliotheken oder mangelnde Voraussetzungen, digitale Veranstaltungen zu besuchen, hätten bei vielen Studierenden jedoch den Studienablauf verzögert. Infolgedessen sei zu erwarten, dass sie die Regelstudienzeit ihres Studienganges nicht einhalten können, begründete die SPD die vorgeschlagenen Anpassungen. Dazu muss das Landeshochschulgesetz geändert werden. Die AfD-Fraktion begrüßte das grundsätzliche Anliegen des Gesetzentwurfs, kritisierte aber, dass eine finanzielle Absicherung für Studierende, die kein BAföG beziehen, gänzlich fehle. Die CDU konterte, wo denn die konkreten Vorschläge der AfD blieben. DIE LINKE begrüßte, dass Studierenden mit dieser pauschalen Anpassung der Regelstudienzeit aufwendige und bürokratische Einzelprüfverfahren erspart blieben. Die Abgeordneten haben den Gesetzentwurf inklusive Ausschussberatung bin-

nen zwei Tagen eingebracht, beraten und verabschiedet. Sollte es aufgrund der Corona-Pandemie auch im Wintersemester 2020/2021 zu Verzögerungen im Studienablauf kommen, kann das Bildungsministerium die Regelstudienzeit per Rechtsverordnung – und damit ohne erneute Gesetzesänderung – um ein weiteres Semester verlängern.

*Gesetzentwurf SPD/CDU*

*Drucksache 7/5350 (neu)*

*Beschlussempfehlung Bildungsausschuss*

*Drucksache 7/5400*

## Mehr Anträge auf Einsicht in Stasi-Akten

Auch 30 Jahre nach dem Ende der DDR suchen noch viele Menschen in MV Beratung bei der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Im vergangenen Jahr wandten sich 1.355 Menschen an Anne Drescher und ihr Team – 200 mehr als im Jahr davor. An den Behördenstandorten in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin wurden 4510 Anträge auf Einsicht in Stasi-Akten gestellt. Ebenfalls ein Plus von 231. Das geht aus dem Jahresbericht der Landesbeauftragten für das Jahr 2019 hervor. Ein Grund für das gestiegene Interesse sei der 30. Jahrestag des Mauerfalls gewesen. Hinter jeder Zahl stünden ergreifende Schicksale, Unrechts- und Leidenerfahrungen, sagte Philipp da Cunha, Vorsitzender des Rechtsausschusses in seiner Berichterstattung zum Jahresbericht. „Schicksale, die dazu geführt haben, dass die Landesbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein hohes Ansehen innerhalb und außerhalb unseres Landes genießen.“ Mit ihrer Tätigkeit für Sportler als Opfer von Doping stehe sie zudem deutschlandweit einzigartig da. Die Behörde der Landesbeauftragten ist Ansprechpartner für all jene Menschen, die im Zusammenhang mit der sowjetischen Besatzungszone oder der DDR politische Repressionen, Leid und Unrecht erlebt haben. Einmal im Jahr erstattet die Landesbeauftragte dem Landtag Bericht über ihre Tätigkeit. Der Landtag erklärte den Jahresbericht 2019 einstimmig für erledigt.

*Unterrichtung der Landesbeauftragten*

*Drucksache 7/4683*

*Beschlussempfehlung Rechtsausschuss*

*Drucksache 7/5383*

## Wie steht es um die Meinungsfreiheit?

Nach Ansicht der AfD-Fraktion liegt im Umgang mit diesem Grundrecht derzeit „einiges im Argen“. Anlass für die von ihr beantragte Aussprache „Grundrechte bewahren, Meinungsfreiheit verteidigen“ war die Anti-Corona-Demonstration, in deren Verlauf Demonstranten Ende August Absperrungen am Reichstag durchbrachen. Die Berichte und Videos dazu stellten das Geschehen verkürzt und verzerrt dar, so die AfD. „Was bleibt ist die Mär von einer demokratiefeindlichen, rechtsextremen Anti-Corona-Veranstaltung, die ihren Höhepunkt im Sturm auf den Reichstag findet.“ Sie beklagte eine „auffällige Asymmetrie in der Behandlungen von systemkonformen und systemkritischen Meinungen“. Der Korridor des Sagbaren werde immer enger. Die Maßstäbe zur Gewährung und zum Schutz von Meinungsfreiheit seien kräftig durcheinander geraten. Die Demonstration vom 29. August war zunächst vom Berliner Senat verboten worden. Das Verwaltungsgericht urteilte anders und ließ sie unter Auflagen zu. Demonstrationen erst durch Gerichtsurteile zuzulassen, sei ein kaum akzeptabel für die Demokratie und entspreche nicht unserer Grundrechtskultur, sagte die DIE LINKE. Die Meinungsfreiheit sei in Deutschland jederzeit gewährleistet, ende aber bei Verschwörungstheorien und Antisemitismus. „Antisemitismus ist keine Meinung. Antisemitismus ist ein Verbrechen!“ Die SPD warf der AfD Heuchlerei vor: Mit vielen ihrer Ansichten trete die Partei tagtäglich die Grundrechte anderer mit Füßen. Die Menschen hätten das Grundrecht, vom Staat vor Epidemien geschützt zu werden. Rechte und Einschränkungen stünden dabei in einem ständigen Abwägungsprozess. Jedem stehe frei, gegen Einschränkungen zu klagen. „Solange dieser Klageweg funktioniert, besteht keine echte Gefahr für die Grundrechte.“ Der fraktionslose Abgeordnete meinte, dass man zwar alles sagen könne. „Das Problem sind aber die Folgen.“ Diese reichten bis hin zu Ausgrenzung und beruflichen Nachteilen. Die CDU bezeichnete die Entscheidung des Verwaltungsgerichts als „Paradebeispiel dafür, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung funktioniert“. Jeder könne sich kritisch

zu allen Corona-Maßnahmen äußern. Meinungsfreiheit ende aber dort, wo Straftatbestände wie Verleumdung oder Volksverhetzung zum Tragen kämen. Sie warf der AfD vor, die Ereignisse auf der Demonstration zu bagatellisieren und sich als Opfer darzustellen. Wer Grundrechte bewahren wolle, dürfe sich nicht nur die Rosinen rauspicken, sondern müsse dann auch Ja zum Grundrecht auf Asyl und Religionsfreiheit sagen.

## „Jung sein in MV“: Bericht liegt vor

Ein Azubi-Ticket einführen. Jugendliche stärker in Stadtentwicklungen und Verkehrsplanungen einbeziehen. Die Schulsozialarbeit konzeptionell weiterentwickeln. Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit auf ein sicheres Fundament stellen. Das sind vier Beispiele für Handlungsempfehlungen, die der Bericht zur Anhörungsreihe „Jung sein in MV“ auflistet. In acht Anhörungen, verteilt auf 2018 und 2019, haben sich die Abgeordneten des Sozialausschusses gemeinsam mit zehn Jugendlichen sowie verschiedenen Sachverständigen zu diesem Thema ausgetauscht. Im Mittelpunkt stand die Frage: Was brauchen junge Leute, um sich entfalten zu können – und was kann die Politik dafür tun? Die Themen reichten von Teilhabe und Mitwirkung, dem Übergang Schule – Bildung – Beruf, Mobilität im ländlichen Raum, Medienbildung und Digitalisierung bis hin zu Kinderarmut und Chancengleichheit. DIE LINKE kündigte an, die Erkenntnisse des Berichts nun in parlamentarische Initiativen umzumünzen, zum Beispiel zum Wahlalter mit 16, zum Azubi-Ticket und Mobi-Pass oder für verbindlichere Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalverfassung. Die AfD sprach sich unter anderem für ein verpflichtendes soziales Jahr und eine stärkere Förderung von MINT-Fächern aus. Die CDU räumte vor allem dem Azubi-Ticket, besseren Fahrplänen und einer bedarfsgerechten Anhebung der Fahrtkostenzuschüsse einen hohen Stellenwert ein. Die SPD sieht in dem Engagement der Jugendlichen bei „Jung sein in MV“ ein gutes Argument für das Wahlalter 16 und warb darum, die Ergebnisse der Anhörungsreihe nun nicht in Schubladen verschwinden zu lassen.

Sozialministerin Stefanie Drese kündigte einen neuen Landesjugendplan an. Mit seiner Hilfe soll auch die Förderpraxis modernisiert werden.

*Unterrichtung Landtagspräsidentin  
Drucksache 7/5152*



*Die Fraktion DIE LINKE hatte beantragt, einen Impfgipfel unter Beteiligung der Akteure des Gesundheitsbereichs durchzuführen. Foto: Jens Büttner*

## Kein Impfgipfel

Wie lassen sich Probleme bei der Versorgung mit Impfstoffen – etwa in Grippezeiten – vermeiden und Impfquoten erhöhen? Welche Bevölkerungsgruppen bekommen den zu erwartenden Corona-Impfstoff zuerst? Fragen wie diese sollten nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE bei einem Impfgipfel erörtert werden. Einem Treffen, bei dem sich alle relevanten Akteure, insbesondere Apothekerkammer, Ärztekammer, Kassenärztliche Vereinigung, forschende Pharmaunternehmen, Großhandel und Krankenkassen über eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Impfstoffen abstimmen. Ein Vorschlag, der im Landtag keine Mehrheit fand. Sich um ausreichend Impfstoffe zu kümmern, sei bereits jetzt täglicher Bestandteil des Regierungshandelns, unterstrich die SPD. Sie verwies auf bereits bestehende Aktionen und Maßnahmen, etwa im Rahmen der gemeinsam vereinbarten Impfkampagne. „Das, was Sie wollen, wird bereits angepackt.“ Die AfD lehnte solch einen Gipfel unter anderem aus Kostengründen ab. Sie vermutete, dass der Vorschlag der Linken darauf abziele, eine Impfpflicht zu erreichen. Die CDU bedauerte, dass DIE LINKE mit dem Antrag den bisherigen interfraktionellen Weg verlassen habe. Und betonte ebenfalls, bereits alle Akteure an einem Tisch zu versammeln. „Wir brauchen keine weiteren Gipfel, weil wir hier schon gut aufgestellt sind.“ Das Land habe bei der Gripeschutzimpfung Kapazitäten von 450.000 Impfmöglichkeiten, erläuterte Gesundheitsminister

Harry Glawe. Das sei ein Drittel mehr als im Vorjahr. In Bezug auf den zu erwartenden Corona-Impfstoff agierten die Bundesländer zudem nicht für sich allein, sondern in einem bundesweit gemeinsamen Beschaffungsverfahren. Er warb darum, nun erst einmal die Impfkampagne abzuwarten.

*Antrag DIE LINKE Drucksache 7/5360*

## Landtag diskutiert über höheren Rundfunkbeitrag

Steigt der Rundfunkbeitrag zum 1. Januar 2021 von monatlich 17,50 Euro auf 18,36 Euro? Die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer haben dem Vorschlag im Sommer zugestimmt. Die Erhöhung kann aber nur wirksam werden, wenn auch alle Landtage diesem Votum folgen. 86 Cent mehr im Monat? SPD, CDU und DIE LINKE in MV sagen: Ja. Die CDU bemängelte zwar die undurchsichtige Struktur des Beitrags. Ihn grundsätzlich zu erheben, sei aber richtig. „Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über einen eigenen Beitrag folgt der Logik der Staatsferne.“ Sie hielt die in Rede stehende Erhöhung für seriös ermittelt. „Wenn wir guten und vor allem freien Journalismus fördern wollen, dann müssen wir ihn auch mitfinanzieren“, argumentierte die SPD. Trotz Corona-Krise an der Erhöhung festzuhalten, sei durchaus vermittelbar: Gerade in Zeiten der Pandemie habe sich gezeigt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk kein Sparprodukt sein könne. Dem Antrag zuzustimmen, sei „ein Bekenntnis für einen starken, unabhängigen Rundfunk, für eine freie Presse“. DIE LINKE bezeichnete den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als unerlässlich für eine starke Demokratie. „Für gut recherchierte, verlässliche und umfangreich zugängliche Informationen müssen die Sender technisch auf dem Stand der Entwicklung sein.“ Das koste nun mal Geld. Ebenso, wie der Anspruch, ein Programm unabhängig von den Interessen Dritter zu machen. Dafür müsse eine auskömmliche Finanzierung gewährleistet sein. Für die AfD hat sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk über die Jahre viel zu breit aufgestellt. Sie bemängelte zudem, dass sich die Berichterstattung viel zu unkritisch mit dem Handeln der Regierenden auseinandersetze. „Der Rundfunk wurde ins Leben gerufen, um

die vierte Gewalt im Staate zu sein. Aber ist er das tatsächlich noch?“ Die Oppositionsfraktion kündigte an, die Erhöhung nicht zuletzt auch in der aktuellen Krisenzeit nicht mitzutragen. Der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe fragte mit Blick auf die Gehälter der Intendanten, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinerseits unternehme, um Kosten zu sparen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde nach der ersten Lesung mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und Gegenstimmen der AfD und beiden fraktionslosen Abgeordneten zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/5349*

### Stichwort Rundfunkbeitrag

Die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrags basiert auf einer Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Sie überprüft und ermittelt den von den Rundfunkanstalten angemeldeten Finanzbedarf. Grundlage dafür ist der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag. Die Kommission besteht aus 16 unabhängigen Sachverständigen. Jedes Bundesland benennt ein Mitglied. Für Mecklenburg-Vorpommern sitzt Dr. Tilmann Schweisfurth, Rechnungshofpräsident a. D., in diesem Gremium. In ihrem Bericht für die Beitragsperiode von 2021 bis 2024 hat die KEF einen ungedeckten Finanzbedarf der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten von 1.525,4 Millionen Euro festgestellt. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung um monatlich 86 Cent bleibt sie unter den Forderungen der Rundfunkanstalten. Stimmen alle Landtage dem Medienänderungsstaatsvertrag zu, käme zum 1. Januar 2021 die erste Beitragserhöhung seit 2009. Im Jahr 2015 war der Betrag von 17,98 Euro auf 17,50 Euro gesunken. Der Rundfunkbeitrag ist die Haupteinnahmequelle der öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland. Zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehören die Landesrundfunkanstalten der ARD, das ZDF sowie das von ihnen gemeinsam getragene Deutschlandradio und der Kinderkanal.

## Laufende Gesetzgebung

Stand: 30.09.2020

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/4801 (neu)	LReg.	Entwurf eines Justizvollzugsdatenschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern sowie zur Änderung weiterer Gesetze des Justizvollzuges	Rechtsausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4879	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/5241	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland	<i>Innen- und Europaausschuss</i>	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5256	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5257	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes (HintG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5258	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB IX und anderer Gesetze	<i>Sozialausschuss</i>	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5278	CDU, SPD	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V)	<i>Innen- und Europaausschuss</i>	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5261	AfD	Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz - SchulG M-V)	-	1. Lesung: 26.08.2020 Ablehnung der Überweisung
7/5262	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesrichtergesetz - RiG M-V)	-	1. Lesung: 26.08.2020 Ablehnung der Überweisung
7/5270	DIE LINKE	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 26.08.2020 Ablehnung der Über- weisung
7/5347	LReg.	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes	<i>Innen- und Europaausschuss</i>	1. Lesung: 23.09.2020 in Beratung
7/5348	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über den Verdienstorden des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesordensgesetz - LOrdensG M-V)	<i>Rechtsausschuss</i>	1. Lesung: 23.09.2020 in Beratung
7/5349	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Erster Medienänderungsstaatsvertrag)	<i>Innen- und Europaausschuss</i>	1. Lesung: 23.09.2020 in Beratung

## Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 23. und 25. September 2020 entschieden

Stand: 30.09.2020

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/4878	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Architekten- und Ingenieurgesetzes und des Baugesetzbuchausführungsgesetzes	LReg.	1. Lesung: 13.05.2020 2. Lesung: 23.09.2020	Annahme
7/5350 (neu)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes	SPD, CDU	1. Lesung: 23.09.2020 2. Lesung: 25.09.2020	Annahme

Foto: Uwe Sinnecker

## Zukunft des Wohnens

Videokonferenz zu Stadtentwicklung

■ Während seiner 84. Sitzung am 2. September führte der Energieausschuss anlässlich eines Expertengesprächs mit Vertretern des Wiener Magistrats sowie der Unternehmung „Wiener Wohnen“ (Europas größte soziale Hausverwaltung mit 220.000 Wohnungen, 1.800 Hausanlagen, 5.100 Lagerräumen und Lokalen sowie 47.000 Garagen und Stellplätzen) erstmalig eine Videokonferenz durch.

Ziel dieser Videokonferenz war es, mehr über die politischen und beispielhaften Herangehensweisen der Stadt Wien bei der Wohnungs- und Städtebaupolitik zu erfahren. Eine Kernfrage war dabei, wie angesichts steigender Marktpreise dauerhaft bezahlbarer Wohnraum für breite Bevölkerungsgruppen geschaffen werden kann.

Wien gilt mit seinen derzeit 1,9 Mio. Einwohnern als eine der attraktivsten und lebenswertesten Städte der Welt. Rund 900.000 Wiener leben in öffentlich geförderten Wohnungen. Wie auch andere Städte in Metropolregionen hat die Stadt in den vergangenen 12 Jahren mit 13 % einen außerordentlich starken Bevölkerungszuwachs erfahren, der auch durch die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten bedingt war.

In der historischen Entwicklung hatten Österreich und insbesondere Wien, anders als Deutschland, in den 50er und 60er Jahren viele Gebäude und Grundstücke in kommunales Eigentum überführt und in der Folgezeit eine beispielhafte Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik vollzogen. Primäre Ziele waren die Schaffung und Unterhaltung günstigen Wohnraums für möglichst alle Bevölkerungsgruppen sowie die soziale Durchmischung der Wohnquartiere; nach dem Motto: lieber günstigere Vorsorge als teure Nachsorge. Das hat dazu geführt, dass die Wohneigentumsrate in



Foto: Landtag MV

Aufgrund der Corona bedingten Einschränkungen fand das Expertengespräch des Energieausschusses mittels Videokonferenz statt.

Wien nur bei geringen 26 % im Vergleich zu anderen Regionen Österreichs (60 %) liegt. Im Umkehrschluss heißt das, dass viele Wiener mit ihrer Wohnsituation sehr zufrieden sind. 75 % der Wiener Bevölkerung lebt somit in öffentlich geförderten Wohnungen. Wesentliche Faktoren dafür sind: günstige und modern ausgestattete Wohnungen unterschiedlicher Ausstattungskategorien sowie ein hervorragender Mieterschutz (z. Bsp. lebenslanges Wohnrecht und Beratungsmöglichkeiten). Mietsteigerungen orientieren sich nicht an Marktpreisen sondern an der Inflationsrate. Zudem sind die Grundstückspreise auf 188 Euro/m<sup>2</sup> gedeckelt.

Nach wie vor fördert die Stadt Wien den Wohnungsbau außerordentlich stark: jährlich mit 450 Mio. Euro für den Bau von neunten Wohnungen, 365 Mio. Euro für die Wohnungsbaufinanzierung sowie 80 Mio. Euro für Wohnbaubeihilfen. In den vergangenen 12 Jahren hat die Stadt rund 100.000 Wohnungen und 12.000 Heimplätze gebaut. Durchschnittlich werden pro Jahr 7.000 Wohnungen errichtet. Wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Stadt seit Langem eine umsichtige Bevorratung von Grundstücksflächen betreibt und in diesem Zusammenhang verstärkt Konversionsflächen (z. Bsp. aufgegebene Flächen der Österreichischen Bundesbahn) nutzt. Weiter kostendämpfend wirkt, dass gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften Gewinne reinvestieren müssen.

Doch nicht jeder Interessierte wird mit Wohnraum versorgt. Man muss sich mit einem sogenannten „Wiener Wohn-Ticket“ um eine Wohnung bewerben, den Zuschlag erhält der Reihenfolge nach derjenige, der die Vergabekriterien für öffentlich geförderten Wohnraum einhält. Das Maximaleinkommen für Einzelpersonen darf derzeit 3.317 Euro betragen, bei Eheleuten und Familien entsprechend mehr. Darüber hinaus gibt es Härtefallregelungen. Und für Geringverdiener gibt es Möglichkeiten, dass Mietkautionen oder Genossenschaftsanteile gestellt werden.

Trotz hoher staatlicher Förderung müssen sich Mieter an der Wohnungsbaufinanzierung aufgrund gesetzlicher Vorgaben beteiligen. 1 % des Arbeitseinkommens werden jeweils hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in einen Wohnungsbaufonds abgeführt. Darüber hinaus haben Mieter Eigenanteile in Höhe von max. 250 Euro/m<sup>2</sup> (über einen Abschreibungszeitraum von 25 Jahren bei Neubauten) zu entrichten.

Der Ausschussvorsitzende Rainer Albrecht führte abschließend aus, dass die Videokonferenz interessante Einblicke in ein sehr gut funktionierendes Modell zur Wohnraumversorgung breiter Bevölkerungsgruppen gegeben habe. Gemeinsam mit der Landesregierung wolle man nun prüfen, inwieweit man entsprechende Maßnahmen auf das Land bzw. Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt übertragen könne.

## Von MV ins All

Energieausschusses beschäftigt sich mit Flughafen Rostock-Laage-Güstrow

■ Im Auftrag des Landes hatte das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) eine Machbarkeitsstudie zur Gründung eines „Spaceports“ am Standort Rostock-Laage durchgeführt, deren Ergebnisse im Ausschuss im September erörtert wurden.

Ziel war es zu bewerten, inwieweit sich die dort vorhandene Infrastruktur als Basis für sogenannte Suborbital- und Orbitalflüge eignet. Denn der kommerzielle und wissenschaftliche Bedarf an kleineren, flexiblen und kostengünstigen Raumtransporten steigt weltweit (bis 2028 jährlich 850 bis 1.000 Satelliten). Mittels Flugzeugen sollen Trägersysteme (Raketen oder Microlauncher) für Nutzlasten bis ca. 1.200 kg (z. B. für Kleinsatelliten) in große Höhen gebracht werden, die von dort aus in das Weltall starten (Airlaunch). Die Startbereiche für solche Systeme liegen über der Nordsee. Auch könnten bemannte wiederverwendbare flugzeugähnliche Weltraumshuttles auf diese Weise gestartet werden, die nach ihrem Aufenthalt im Orbit dann wieder eigenständig in Rostock-Laage landen.

Die Ausschussmitglieder wurden weiter darüber informiert, dass die Marktchancen für erdnahe Orbitaleinsätze zunehmen, die von Nordeuropa aus in polare Umlaufbahnen starten. Durch seine Lage, seine militärische Nutzung, der vergleichsweise geringeren Luft-raumnutzung sowie die vorhandenen Gewerbeflächen böten der Flughafen Rostock-Laage-Güstrow bzw. die Region sehr gute Voraussetzungen zur Ansiedlung von luft- und raumfahrtaffinen Unternehmen, Start ups und wissenschaftlichen Einrichtungen. Damit könne das Leistungsportfolio des Flughafens im Rahmen des Clusters der norddeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie deutlich erweitert werden. Voraussetzung sei, dass auch die gesetzlichen Rahmenbe-

dingungen angepasst werden, da es in Deutschland kein Weltraumgesetz gebe. „Gerade der Standort Rostock bietet mit seinem universitären Umfeld und seiner Nähe zu weiteren Hochschulstandorten sowie wissenschaftlichen Einrichtungen im Land gute Voraussetzungen für einen Spaceport. Von hier aus könnten auch verstärkt wissenschaftliche Weltraummissionen, zum Beispiel bemannte Parabelflüge und (Sub-)Orbitalflüge, gestartet werden. Wichtig sei es, sobald wie möglich ein Konzept zu erarbeiten, um gemeinsam mit unterschiedlichen Stakeholdern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und der Bundeswehr diese Chancen zu evaluieren und zu nutzen,“ erklärte Ausschussvorsitzender Rainer Albrecht abschließend.

## Fachkräftemangel

Öffentliche Anhörung des ambulanten Sektors

■ In der 6. Sitzung der Enquete-Kommission am 30. September wurden Vertreter des ambulanten Sektors zum Stand der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern befragt. Dabei kristallisierte sich der Fachkräftemangel als eines der Hauptprobleme heraus.

Axel Rambow (Vorsitzender des Vorstandes der Kassenärztlichen Vereinigung M-V) plädierte dafür, die Bürokratie, die insbesondere aufgrund hoher gesetzlicher Regelungsdichte bestehe, zu reduzieren sowie die Einflussnahme des Landes und die Selbstverwaltung zu stärken. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, seien insbesondere die Studienplätze für Humanmedizin in den kommenden fünf Jahren um 50% zu erhöhen. Wolfgang Abeln (Vorsitzender des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung M-V) schloss sich den Ausführungen von Herrn Rambow vollständig an. Die benannten Probleme bestünden auch im Kassenzahnärztlichen Bereich. Viele Zahnarztpraxen würden nicht nachbesetzt. Es sei Auf-

gabe des Gesetzgebers, Anreize für die Gründung einer Zahnarztpraxis auch im ländlichen Raum zu schaffen. Dies sollte unter frühzeitiger Einbindung der KZV erfolgen. Dr. Andreas Oling (Chirurgische Praxisklinik Schwerin Mitte) wies darauf hin, dass viele stationär durchgeführte Operationen auch ambulant möglich seien, da eine Vielzahl ärztlicher Eingriffe grundsätzlich nicht zu anschließendem Pflegebedarf führe. Die Fortbildungen der Ärzte und Pflegekräfte seien an eine voranschreitende Ambulantisierung anzupassen. Auf die Bedeutung der Prävention machte Dr. Alexander Kuhr (Zahnarzt) aufmerksam. Durch Aufklärung des Patienten und durch Prophylaxe hätten beispielsweise Karieserkrankungen deutlich abgenommen. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für zahnärztliche Leistungen seien auch deshalb gesunken, weil nicht alle Leistungen in der Zahnmedizin vollständig erstattet würden.

Prof. Dr. med. Andreas Crusius (Präsident der Ärztekammer M-V) kritisierte das Finanzierungs-System der Fallpauschalen (DRG-System) als Hauptursache für mögliche Fehlanreize und Fehlentwicklungen. Die Behandlung des Patienten müsse stets vor ökonomischen Gesichtspunkten stehen. Zudem wies er auf die Wichtigkeit der kleinen Krankenhäuser in der Fläche für die Versorgungssicherheit hin und sprach sich ebenfalls für eine Erhöhung der Studienplätze im Medizinbereich aus. Die durch Präventionsmaßnahmen in der Zahngesundheit erzielten Erfolge hob auch Prof. Dr. Dietmar Oesterreich (Präsident der Zahnärztekammer M-V) hervor. Im Vordergrund stünden nun die Herausforderungen durch den demographischen Wandel. Diesen sei zu begegnen, um eine gute, wohnortnahe Versorgung auch in Zukunft sicherstellen zu können. Dr. Dr. Georg Engel (Präsident der Apothekerkammer M-V) erklärte, dass der Fachkräftemangel auch die Apotheken betreffe. Diese seien zwar derzeit noch gut aufgestellt, damit dies so bleibe, seien aber Bürokratieabbau und eine Erhöhung der Studienplätze erforderlich. Zudem steige die Konkurrenz durch die Versandapotheken. Er wies darauf hin, dass eine Vollversorgung nur durch die örtlichen Apotheken gewährleistet sei. Unter dem Tagesordnungspunkt „Allge-

meine Kommissionsangelegenheiten“ beschloss die Enquete-Kommission die Einzuladenden für die Anhörung der Vertreter der Wissenschaft und der Patientenvertreter sowie die Beantragung einer Sondersitzung für den 4. November 2020.

## Beschluss gefasst

2. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA NSU) beschließt Vorlage eines Zwischenberichtes

■ In der 47. Sitzung am 11. September hat der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss im Hinblick auf die Berichtspflicht gegenüber dem Landtag einstimmig beschlossen, im Jahr 2021 dem Landtag anstelle eines Abschlussberichtes einen Zwischenbericht vorzulegen.

Diese Verfahrensweise resultiert aus dem derzeitigen Stand der Abarbeitung des umfangreichen Beweisthemas. Zu viele Aktenvorlagen zu Beweisbeschlüssen sind noch in der Bearbeitung und liegen dem Ausschuss noch nicht vor. Sie können somit nicht in die Beweiserhebung einfließen. Eine Vielzahl von Zeugenvernehmungen stehen ebenfalls derzeit noch aus. Im Laufe der Beweiserhebung in den nächsten Wochen sind auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse noch weitere Beweisanträge zu Aktenvorlagen und Zeugenvernehmungen zu erwarten. Somit wird es dem Untersuchungsausschuss auch nicht möglich sein, dem Landtag zum Ende der Legislaturperiode einen Abschlussbericht vorzulegen.

Der Landtag MV hat in seiner 35. Sitzung am 26. April 2018 den Antrag auf Drucksache 7/2000 angenommen und die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern beschlossen. Seit der konstituierenden Sitzung am 24. Mai 2018 hat der 2. Parlamentarische

Untersuchungsausschuss unter Vorsitz der Abgeordneten Ann Christin von Allwörden insgesamt 167 Beweisbeschlüsse gefasst (Stand: 18. September 2020). Die Beweisbeschlüsse orientieren sich inhaltlich an 11 Themenkomplexen, die sich der Ausschuss auf Basis des Einsetzungsbeschlusses selbst gegeben hatte. Die Beweisbeschlüsse (167) zielen auf die Beiziehung von Akten, Dokumenten und ähnlichem Schriftgut (69), auf den Erhalt von Auskünften (6), die Anhörung von Sachverständigen (5) sowie auf die Ladung und Vernehmungen von insgesamt 97 Zeuginnen und Zeugen (87).

In bisher 69 Beweisbeschlüssen erhob der Ausschuss die Beiziehung von Akten, Dokumenten und ähnlichem Schriftgut zum Beweisthema. Insgesamt erhielt der Ausschuss bis Ende September 2020 808 Akten und ähnliches Schriftgut, was in etwa dem Umfang von 160.000 Papierseiten entspricht. Die Dokumente unterliegen verschiedenen Verschlussgraden und sind dementsprechend eingestuft.

Von den 69 aktenbezogenen Beweisbeschlüssen können 29 als abgeschlossen angesehen werden, wobei in 14 Fällen kein Akteneingang erfolgte. Von den 40 offenen Beweisbeschlüssen liegen zumindest in 13 Fällen Teillieferungen der entsprechenden Behörden vor. Es sind somit 27 Beweisbeschlüsse ohne Bearbeitung durch die Behörden, wobei ein Großteil (21 Beweisbeschlüsse) an das Ministerium für Inneres und Europa in M-V adressiert ist.

Bisher 87 Beweisbeschlüsse beinhalten die Ladung und Vernehmung von insgesamt 97 Zeugen zu verschiedenen themenkomplexbezogenen Beweisthematen. Davon vernahm der Ausschuss mit Stand vom 18.09.2020 49 Zeugen. Es stehen noch 46 Zeugenvernehmungen aus.

Von den bisher 49 vernommenen Zeugen wurden 46 Zeugen fast ausschließlich mit den Fragen zum Themenkomplex 1 (Mord an Mehmet Turgut am 25.02.2004 in Rostock-Toitenwinkel) konfrontiert. Die weiteren 10 Themenkomplexe spielten in den bisherigen Zeugenvernehmungen nur eine untergeordnete Rolle.

## Drohnen im Einsatz

Vor-Ort-Termin des Innen- und Europaausschusses

■ Die 91. Sitzung des Innen- und Europaausschusses fand als Außentermin in Görries statt. Die Mitglieder des Ausschusses haben sich den Einsatz und die Funktionsweise von unbemannten Luftfahrtssystemen (ULS) oder einfacher gesagt Drohnen zeigen lassen.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Juni 2020 hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Drohnen im Rahmen der Gefahrenabwehr geschaffen. Damit kann die Landespolizei ab sofort dieses Einsatzmittel nutzen.

Das Landesbereitschaftspolizeiamt hatte für die Abgeordneten mehrere Einsatzszenarien vorbereitet, bei denen unterschiedliche Drohnen zum Einsatz kamen. Anschaulich wurde demonstriert, wie Drohnen bei der Aufklärung in unübersichtlichen Verkehrsunfalllagen eingesetzt werden, aber auch Tatorte überwacht und Täter verfolgt sowie vermisste Personen mittels Wärmebildkamera im dichten Waldgebiet gefunden werden können. Vor Ort haben sich die Abgeordneten einen praktischen Eindruck über die vielseitigen Möglichkeiten des Einsatzes sowie über die rechtlichen sowie technischen Voraussetzungen und Grenzen beim Einsatz von ULS in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern verschafft.

Bereits in diesem Jahr hatten die Drohnenpiloten und Operatoren 22 Einsätze. Der Vorsitzende des Ausschusses, Marc Reinhardt, erklärte: „Das neue taktische Einsatzmittel ist vielseitig einsetzbar und daher eine sinnvolle Ergänzung für die Landespolizei.“



Architektin Anna Katharina Zülch begleitete den Aufbau der Figuren.

## „Jahreszeitenkinder“ zurück am Teepavillon

Repliken der Skulpturen aufgestellt

**■ Auf der Nordbastion des Schweriner Schlosses, im ehemaligen Privatgarten des Großherzogs, steht der Teepavillon. Seine Treppe zieren nun wieder die Repliken der „Jahreszeitenkinder“.**

1741 als Lusthaus konzipiert und erbaut, erhielt der Teepavillon bei den Umbauarbeiten am Schloss in der Mitte des 19. Jahrhunderts sein heutiges Erscheinungsbild. Auf der Treppe wurden im Jahr 1742 die von J.C. Lücke aus Sandstein gestalteten „Jahreszeitenkinder“ aufgestellt. Die Kinderputten stellen die vier Jahreszeiten Frühling, Sommer, Herbst und Winter dar.

Die Original-Skulptur „Winter“ ist nicht mehr vorhanden, der Verlust wurde bereits im Jahr 1947 festgestellt. Aufgrund

des angegriffenen Zustandes war eine Aufstellung der verbliebenen drei Original-Skulpturen im Freien nicht mehr möglich. Sie sind heute im Schlossmuseum zu sehen.

Im Zusammenhang mit der Restaurierung des Teepavillons wurden von Bildhauern der Bauhütte Quedlinburg GmbH Kopien der Originalskulpturen, sogenannte Repliken, bildhauerisch erstellt. Die verlorengegangene Skulptur musste anhand von Fotos künstlerisch nachgebildet werden. Die jeweils etwa 120 Kilogramm schweren Figuren sind aus Blöcken Dresdner Sandsteins gehauen. Für die Bearbeitung einer Skulptur benötigten die Bildhauer ungefähr drei Monate.

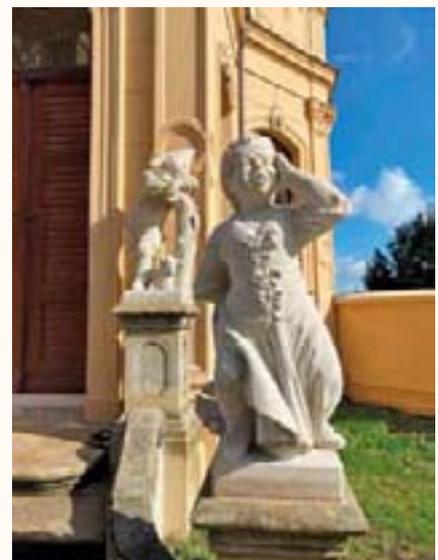


Die Steinmetze der Quedlinburger Bauhütte montieren die Jahreszeitenkinder.



Foto: Landtag MV

Die Figuren Sommer und Herbst stehen auf der linken Seite der Treppe.



Im Hintergrund steht die Figur, die den Frühling symbolisiert, im Vordergrund die, die den Winter verkörpert.

# Schweriner Schloss Restaurant

Sommersaison verlief besser als erwartet

■ Seit dem 1. Januar 2020 verantwortet die Schweriner Schloss Restaurant GmbH die Gastronomie am und im Schweriner Schloss. Die landeseigene Gesellschaft betreibt alle drei Standorte im Bereich der Orangerie, des Bischofskellers und des Café Niklot. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sind alle Fraktionen des Landtages MV vertreten. Der Geschäftsführer, Arne Lorenz, zieht im Interview eine Zwischenbilanz nach dem ersten Sommer seit der Gründung der Schweriner Schloss Restaurant GmbH.

## Wie verlief der Sommer für die Schlossgastronomie?

Als allererstes bin ich sehr froh, dass mein Grundgedanke aufgegangen ist: zum Schloss gehört eine gute Gastronomie. Trotz der Corona bedingten Einschränkungen hatten wir einen tollen Start. Tatsächlich haben wir davon profitiert, dass viele Touristen in der Stadt waren und natürlich auch das Schloss besucht haben. Entsprechend lief unser Tagesgeschäft super und meine Erwartungen wurden sogar übertroffen.

## Welche Reaktionen auf das neue Konzept der Schlossgastronomie haben Sie erreicht?

Wir bekommen mehr und mehr tolles Feedback. Selbst anfängliche Kritiker zählen nun zu unseren Gästen. Die Resonanz ist durchweg positiv. Erfreulicherweise konnten wir im Spätsommer auch Hochzeiten durchführen. Hier waren die Gäste und Brautpaare einfach begeistert, von der Location sowie vom Ambiente.



Die festlich eingedeckte Orangerie im Schweriner Schloss.

## Welche Erfahrungen und Schlüsse ziehen Sie aus den ersten Monaten?

Besonders glücklich macht mich, dass sich angesichts der vielen Gäste am Tag unsere Personalplanung bewährt hat und wir als belastbares Team die hohe Nachfrage gut stemmen konnten und schließlich noch besser zusammengewachsen sind. So sind wir personell auch für den Winter gut gewappnet. Beim Abendgeschäft hat sich gezeigt, dass wir noch Reserven haben. Den Ausbau des Restaurantbetriebs in den Abendstunden nehmen wir uns als Aufgabe für das nächste Jahr vor.



Ein stimmungsvolles Menü im Bischofskeller.



Vor der Orangerie können festliche Trauungen mit einzigartiger Kulisse stattfinden.



Fotos: Anja Schütz

Arne Lawrenz, Geschäftsführer der Schweriner Schloss Restaurant GmbH



In der Vorweihnachtszeit können Schlossführungen mit einem 3-Gänge-Menü im Bischofskeller kombiniert werden.

### Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Schweriner Schlossgastronomie aus?

Neben den üblichen Hygienemaßnahmen, die jeder Gastronom umsetzen muss, kommt bei uns hinzu, dass der Restaurantbetrieb unter anderem durch die Arbeit des Landtages beeinflusst ist, weil unsere Räumlichkeiten verschieden genutzt werden. Beispielsweise wurde und werden die Orangerie und das Café Niklot für Ausschuss- oder Fraktionssitzungen verwendet. An diesen Tagen ist eine gastronomische Nutzung der Räume nicht möglich.

### Wie sind die Pläne für die Wintermonate?

Tatsächlich muss man abwarten, was die kommenden Monate unter dem Einfluss der Pandemie bringen werden. Entsprechend müssen wir das gastronomische Konzept anpassen und auch flexibel sein, um reagieren zu können.

Im Bischofskeller wird in den nächsten Wochen baulich das Akustikkonzept mit Akustikplatten und neuen Stühlen umgesetzt. Ein neuer Tresen soll zusätzlich für eine urige Atmosphäre sorgen. Wenn all diese Veränderungen abgeschlossen sind, können hier Firmen- oder Privatfeiern stattfinden.

Das Restaurant in der Orangerie öffnet vorerst weiterhin täglich von 10 bis 17 Uhr. Zudem werden Teile der Orangerie als Winterlager für die Pflanzen des Burggartens genutzt. Und das Café Niklot steht bis auf Weiteres dem Landtag zur Verfügung, so dass hier vorerst kein gastronomisches Angebot vorgesehen ist.

### Wie lautet ein erstes Fazit nach dem Sommer?

Der Start der Schweriner Schlossgastronomie ist sehr gut gelungen. Besonders freut mich, dass sich die beabsichtigten Synergieeffekte zwischen Orangerie und Bistro eingestellt und bewährt haben. Die Küche sowie die Köche werden so sehr effizient genutzt. Es zeigt sich, dass wir eine sehr gute Struktur und vor allem eine gute Stimmung im Team haben.

# 30 Jahre Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Landtagspräsidentin Birgit Hesse zum Jahrestag des Parlamentes

■ Dieses Jubiläum haben wir uns alle anders vorgestellt. 30 Jahre Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Das hätten wir gern gefeiert – mit Abgeordneten aus den verschiedenen Wahlperioden, mit Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern unseres Parlaments, mit Menschen, die sich in drei Jahrzehnten verdient gemacht haben um Demokratie, Teilhabe und das gesellschaftliche Miteinander.

In diesem von der Corona-Pandemie geprägten Herbst aber ist ein solcher Festakt nicht möglich. Für mich war es angesichts der aktuellen Dynamik der Infektionszahlen die einzig verantwortbare Entscheidung, auf Feierlichkeiten zu verzichten. Umso schöner ist, dass die aktuelle Landtagssitzung genau in die Woche fällt, in der sich die allerersten beiden Sitzungstage unseres Landesparlamentes zum 30. Mal jähren. Denn schließlich passiert im Plenarsaal genau das, was wir würdigen und feiern wollen – die politische Debatte, die Meinungsvielfalt, das Ringen um die besten Lösungen, die leidenschaftlichen Kontroversen und die errungenen Kompromisse.

Seit 1990 hat die Demokratie Mecklenburg-Vorpommerns hier im Schweriner Schloss ihr Zuhause. Dass das Parlament hier seinen Sitz hat, ist sogar in der Landesverfassung verbrieft. Das Schloss und der Landtag: eine glückliche, eine passende Verbindung. Denn einerseits beherbergt das Gebäude die jahrhundertelange Geschichte des Regierens hier im Nordosten, zum anderen war es von Anbeginn mit seinem hervorstechenden Hauptturm Landmarke, also Orientierungspunkt. Und auch das Parlament schafft mit seiner Arbeit Orientierung – für unsere Gesellschaft als Ganzes und für die Landesregierung.

In diesem Jahr feiern die Deutsche Einheit, das Land Mecklenburg-Vorpommern und viele Institutionen, Verbände und Vereine zusammen mit dem Land-



Foto: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse kurz nach ihrer Wahl am 24.7.2019.

tag ihren 30. Geburtstag – und all diese Jubiläen stehen in einem gemeinsamen Kontext. Die Freiheit und der Aufbruch, die 1990 möglich wurden, wollten gestaltet werden. Dieses Gestalten war reizvoll und mühsam, es war erleichternd und belastend, es schloss Türen und öffnete neue. Viele Biografien, auf die wir heute schauen können, wären ohne den Umbruch von damals und allem was daraus erwachsen ist, nicht möglich gewesen. Nicht alle wurden Erfolgsgeschichten

der Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns. Wie der Landtag zusammengesetzt ist, welche Parteien und Personen Einzug ins Parlament halten, ist immer auch ein Zeugnis der jeweiligen Zeit. Was ist Ihnen als Wählerinnen und Wählern wichtig? Wem trauen Sie Lösungen und Verbesserungen zu? All das lässt sich mit Blick auf die vergangenen drei Jahrzehnte und die inzwischen sieben Wahlperioden ablesen.

„ Die Einheit ist ein Prozess, der immer noch läuft und den wir weiter gestalten müssen. „

oder verliefen ohne Brüche. Die Einheit ist ein Prozess, der immer noch läuft und den wir weiter gestalten müssen: Die Lebensverhältnisse gleichen sich nur langsam an, und die Demokratie mit ihren Institutionen muss sich weiter beweisen, indem sie ihre Werte und Wertschätzung erkennbar und erfahrbar macht.

Unsere Demokratie ist eine Errungenschaft, dessen Sinnbild das Parlament ist. Der Landtag und seine Abgeordneten sind für die Menschen da, sie stehen repräsentativ für die Anliegen

Die Abgeordneten haben in dieser Zeit mehr als 1.000 Gesetzentwürfe und knapp 5.000 Anträge debattiert. Fast 15.000 Kleine und Große Anfragen an die Landesregierung zeugen schriftlich davon, wie ernst die Parlamentarier auch ihre Kontrollfunktion nehmen.

In den Anfangsjahren ging es darum, Mecklenburg-Vorpommern eine Verfassung und Gesetze zu geben, die das Land mit einer rechtlichen Struktur versahen. Seither ist viel passiert, Rainer Prachtl, Hinrich Kuessner und Sylvia

Fotos: Uwe Balewski



Anlässlich der Feierlichkeiten zu „15 Jahre Landtag MV“ kamen Hinrich Kuessner (l., Landtagspräsident von 1998 bis 2002), Sylvia Bretschneider (Mitte, Landtagspräsidentin von 2002 bis 2019) und Rainer Prachtl (Landtagspräsident von 1990 bis 1998) zusammen.



Der alte Plenarsaal wurde von 1990 bis 2017 genutzt.

Foto: Landtag MV



Seit September 2017 tagt das Parlament im neuen Plenarsaal im Schweriner Schloss. Diesen präsentierte Landtagsdirektor Armin Tebben am 26. Oktober Dr. Irmela Grempler (l.) und Friedhelm Maier (r.). Beide wirkten beim Aufbau des Landtages vor 30 Jahren mit: Dr. Irmela Grempler als Mitglied des Aufbaustabs und Friedhelm Maier als Kommissarischer Direktor des Landtages.

Bretschneider haben als Landtagspräsidenten und -präsidentin das Hohe Haus geprägt, und der Landtag hat drei Jahrzehnte Geschichte begleitet und geformt: ein ausgeglichener Haushalt, der Erfolg als Tourismusland, gute Arbeit, Demokratieförderung und Toleranz, die internationalen Beziehungen und das Verhältnis des Landes zur kommunalen Ebene – um nur einige Themen zu nennen, die MV immer wieder bewegt haben. Gesellschaftliche Debatten haben Einzug ins Parlament gehalten, und das Parlament hat gesellschaftliche Debatten angeschoben. Die Ausschreitungen in Lichtenhagen, die Massenarbeitslosigkeit der 90-er Jahre, die Vogelgrippe und ihre Folgen, die Integration von Geflüchteten, die Corona-Pandemie: Das Land und mit ihm der Landtag hatten (und haben) einige Herausforderungen zu stemmen.

Der Blick auf ein heute starkes und modernes Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass wir gemeinsam viel geschafft haben in den vergangenen 30 Jahren. Er zeigt, dass die Demokratie sich etabliert und bewährt hat. Sie macht die Vielfalt möglich, die wir als freie Gesellschaft brauchen und die uns beweist, welches Spektrum an Meinungen und Weltanschauungen wir vereinen oder bisweilen auch schlichtweg aushalten können. Auch dafür steht dieser Landtag seit 30 Jahren.

Wir erleben ein Jahr, das uns vor Augen führt, welchen Wert Freiheit und Demokratie haben. Die Einschränkungen unseres Alltags, mit denen wir die Corona-Pandemie bekämpfen, sollten uns mit Demut und Dankbarkeit auf das Erreichte blicken lassen. Unser Parlament steht in dieser Zeit nicht außen vor. Es hat auch in der Stunde der Exekutive wichtige Weichenstellungen, wie die zusätzlichen Gelder für die verschiedenen Rettungspakete, gestellt. Auch in den Landtagssitzungen im Oktober werden mit einem weiteren Nachtragshaushalt, der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin und verschiedenen Anträgen die Auswirkungen des Virus auf unsere Gesellschaft diskutiert, hinterfragt und flankiert.

Indem wir als Parlament arbeiten und Entscheidungen treffen, würdigen wir dieses Jubiläum im besten Sinne.

## Ein Hausherr ohne Schlüssel

Vor 30 Jahren wurde Rainer Prachtl zum ersten Präsidenten des Landtages gewählt.

■ Im Oktober 2020 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten. Deshalb wollen wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern. Diesmal: Rainer Prachtl, der erste Landtagspräsident Mecklenburg-Vorpommerns.

Einen Schlüssel zum Schweriner Schloss hat Rainer Prachtl nicht bekommen. Auch symbolisch wurde ihm keiner überreicht. „Nein, so etwas hat es nicht gegeben“, erinnert sich der Neubrandenburger. Dabei war der CDU-Politiker der erste Hausherr des im Oktober 1990 neu entstandenen Landtages Mecklenburg-Vorpommerns. Bis 1998 blieb Prachtl Landtagspräsident. Aber einen Schlüssel für eine Schlosspforte hatte er nie.

Wahrscheinlich blieb damals auch keine Zeit für eine Schlüsselübergabe, und sei sie auch nur symbolisch. Kurz bevor Rainer Prachtl zusammen mit 65 anderen Abgeordneten am 26. Oktober 1990 den hergerichteten Plenarsaal betrat, wurden erst die letzten Teppiche auf den Treppen verlegt.

Mit Begeisterung und Stolz, so Rainer Prachtl, sei er in den Landtag eingezogen. „Ich glaube, nicht nur ich habe gebrannt für dieses Land. Ich hatte auch das Bewusstsein: Wir sind jetzt Meck-



Am 26. Oktober 1990 wurde Rainer Prachtl zum Landtagspräsidenten gewählt.



Am 11. Dezember 1990 besuchte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

lenburg-Vorpommern. Und wir waren so stolz, dass wir eigentlich unentwegt tagen wollten.“

Als Prachtl an dem mit seinem Namen markierten Abgeordneten-Tisch Platz nahm, wusste er schon, dass er dort nicht lange sitzen würde. Einige Tage zuvor hatten Parteifreunde ihn gefragt, ob er bereit sei, das Amt des Landtagspräsidenten zu übernehmen. Die CDU war aus der Landtagswahl am 14. Oktober als stärkste Kraft hervorgegangen. Damit stand ihr traditionell dieser Posten zu. „Die Anfrage erreichte mich in einem Kloster“, erzählt Prachtl, „wo ich einen Vortrag gehalten habe“. „Dienen in Verantwortung“ sei das Thema gewesen. An dem Motto wollte er sich auch während seiner Präsidentschaft orientieren.

Vor der Wende in der DDR hat der Diplom-Ökonom Prachtl, der bei der Caritas arbeitete, in Neubrandenburg die örtliche ökumenische Arbeitsge-

meinschaft der christlichen Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung mitbegründet. In die CDU trat er erst Ende 1989 ein – zusammen mit 60 weiteren Katholiken aus der Region. Im Frühjahr 1990 wurde er zum Stellvertreter des Regierungsbevollmächtigten für den Bezirk Neubrandenburg, Martin Brick, ernannt. Mit Prachtl als Kandidat für das Amt des Landtagspräsidenten kam die CDU möglichem Argwohn anderer Parteien zuvor, der vielleicht CDU-Parteifreunden gegolten hätte, die langjährige Mitglieder der DDR-CDU waren. Schließlich sollte der Landtagspräsident den Respekt möglichst aller Abgeordneten genießen.

Nach seiner Eröffnungsrede rief Alterspräsident Friedrich Täubrich (CDU) den Tagesordnungspunkt „Wahl des Landtagspräsidenten“ auf. Prachtl wurde von 54 Abgeordneten gewählt, zehn stimmten gegen ihn, zwei enthielten sich. Den ersten Vize-Präsidenten stellte die SPD mit Rolf Eggert, der 57 Stimmen bekam. Zur zweiten Vize-Präsidentin wählte der Landtag Stefanie Wolf (FDP), die mit 48 zu 16 Stimmen gegenüber Bärbel Kozian (PDS) die Oberhand behielt. Den sonst üblichen Gepflogenheiten zu folgen und den dritten Posten im Landtagspräsidium der drittstärksten Kraft zuzubilligen, also der aus der SED hervorgegangenen PDS – so weit waren die politischen Verhältnisse so kurz nach der Überwindung der SED-Herrschaft noch nicht.

Es war nicht die einzige politisch heikle Klippe, die Prachtl als Leiter der Landtagssitzung an seinem ersten Tag im Amt nehmen musste. Vor der Abstimmung über das Vorläufige Statut für Mecklenburg-Vorpommern, in dem die Rechte und Pflichten von Exekutive und Legislative bis zur Verabschiedung einer Landesverfassung festgelegt wurden, verließ die SPD-Fraktion aus Protest gegen einige darin enthaltene Regelungen kurzzeitig den Saal. Aber der Aufbaustab des Landtages hatte Prachtl auch auf solche Zwischenfälle vorbereitet. Die SPD kehrte bald in den Plenarsaal zurück.

Wenig später folgte die für die Stadt Schwerin und das Schweriner Schloss so entscheidende Abstimmung über die Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns. Zwei jeweils überparteiliche Gruppen von Abgeordneten hatten sich zusammengefunden. Die eine schlug Schwerin vor, die andere Rostock. Obwohl in den Wochen zuvor die Abstimmungen in den Kreistagen eine deutliche Mehrheit für Schwerin ergeben hatten, blieb die Anspannung hoch, denn es oblag dem Landtag, die Hauptstadt-Frage zu entscheiden. Mit 40 zu 25 Stimmen fand der Antrag für Schwerin bei einer Enthaltung eine klare Mehrheit. „Das Schloss hat bei der Entscheidung für Schwerin für viele Abgeordnete wohl eine Rolle gespielt“, erinnert sich Prachtl. Auch habe Schwerin in den Wochen zuvor „mit feiner Klinge“ offenbar erfolgreich für sich geworben. Für welche Stadt er selbst damals gestimmt hat, verrät Prachtl allerdings nicht.

Er hat sich aber mit den Schwerinerinnen und Schwerinern gefreut. „Schon den ganzen Tag flanierten sie gut gelaunt um das Schloss, im Schlossgarten und auf dem Alten Garten gegenüber. Überall war Bewegung.“ Als Prachtl nach dieser Landtagssitzung in die Stadt ging, hielt er eine kleine spontane Rede an der Siegestsäule. „Ich habe den Menschen gratuliert. Und ich habe an sie appelliert, den neuen demokratischen Schwung zu nutzen.“

Nachdem aus dem provisorischen Landtagssitz der ständige Sitz des Parlaments geworden war, begannen erst

Umbau und Sanierung des Schlosses. Weitere Räume wurden nach und nach vom Landtag in Beschlag genommen, damalige Nutzer wichen. Prachtl vertraute, wie er sagt, in all diesen Dingen den Fachleuten. Er sah seine Verantwortung mehr darin, ein kollegiales politisches Klima im Landtag zu schaffen. Das war nicht immer einfach, räumt er ein. Gerade in der Auseinandersetzung mit der PDS habe es manche Provokationen gegeben, aus allen Richtungen. „Da hatte ich schon manchmal die Rolle eines Dompteurs“, scherzt er. Spätestens während der Sommerfeste des Landtages gelang es vielen Abgeordneten aber doch, über Fraktionsgrenzen hinweg ins Gespräch zu kommen. Bei einem dieser Feste waren sie zuvor um die Wette durch den Schweriner See geschwommen.

Auf seine Art warb Prachtl zudem für sein Bundesland. Er wanderte mal mit Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, mal mit Johannes Rau, dem langjährigen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, durchs Land. Im Schweriner Schloss empfing der Landtagspräsident manchen prominenten Gast. Richard von Weizsäcker war beeindruckt. „Dieser Landtagssitz hat nicht seinesgleichen in ganz Deutschland“, zitiert Prachtl den damaligen Bundespräsidenten. 1994 wurde in der neuen Landesverfassung das Schweriner Schloss als Landtagssitz festgeschrieben. „Das war uns wichtig“, sagt Prachtl, „wir wollten Identität festschreiben, darum gehörte das Schloss mit in die Verfassung“.

Als Prachtl 1998 aus seinem Amt abschied, hatte er keinen Schlüssel für das Schloss zu übergeben. Allerdings gab er einen anderen Schlüssel zurück, den er all die Jahre nutzen durfte. Den hatte ihm der damalige Pastor der evangelischen Schlosskirchengemeinde Peter Voss überlassen. Für die ökumenischen Andachten in der Schlosskirche vor den Landtagssitzungen, die Prachtl bereits 1990 angeregt hatte. Und für manche ruhige Minute der inneren Einkehr, die der Katholik Prachtl sich allein in dem evangelisch-lutherischen Gotteshaus gönnte.

Andreas Frost

## Chronologie

### 1.10.1990

Dank einer Amnestie der Volkskammer werden zahlreiche Häftlinge aus den Gefängnissen der DDR vorzeitig entlassen.

### 3.10.1990

Die DDR tritt der Bundesrepublik Deutschland bei und hört damit auf zu existieren. Hunderttausende feiern die Wiedervereinigung.

### 12.10.1990

Ein Attentäter schießt während einer Wahlkampfveranstaltung auf den damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Der CDU-Politiker ist seitdem querschnittsgelähmt.

### 14.10.1990

Die CDU geht vor der SPD, PDS und FDP als stärkste Kraft aus den ersten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern hervor.

### 15.10.1990

Dem Präsidenten der Sowjetunion, Michail Sergejewitsch Gorbatschow, wird der Friedensnobelpreis 1990 zuerkannt.

### 18.10.1990

CDU und FDP einigen sich auf eine Regierungskoalition für Mecklenburg-Vorpommern. Sie bekommt durch die Unterstützung des inzwischen parteilosen Abgeordneten Wolfgang Schulz, der für die SPD angetreten war, eine knappe Mehrheit im Landtag.

### 26.10.1990

Der neue Landtag von Mecklenburg-Vorpommern tritt zu seiner konstituierenden Sitzung in Schwerin zusammen.

### 27.10.1990

Der Landtag wählt Alfred Gomolka zum Ministerpräsidenten und bestimmt Schwerin zur Landeshauptstadt.



Am 23. September besuchte Aaron Sagui, Gesandter der Botschaft des Staates Israel, das Schweriner Schloss sowie den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Bei einem gemeinsamen Mittagessen sprach er mit Landtagspräsidentin Birgit Hesse über die aktuelle politische Lage in Mecklenburg-Vorpommern. Thema war dabei auch der Umgang mit der Corona-Pandemie.

Anlässlich des Festaktes am 16. Oktober zur Einweihung des zentralen Erinnerungszeichens an die Friedliche Revolution 1989 – „Perspektiven zur Freiheit“ in Waren (Müritz) erklärte Landtagspräsidentin Birgit Hesse (3.v.l.): „Der Mut der Menschen, die damals für Freiheit und Grundrechte auf die Straße gegangen sind, verdient allerhöchsten Respekt und darf nie vergessen werden. Denn zum einen war es ein Aufbruch ins Ungewisse, schließlich war der Erfolg – und damit auch mögliche persönliche Konsequenzen im Falle eines Scheiterns – keineswegs vorhersehbar. Zum anderen zeigt dieser Mut den unermesslichen Wert unserer Demokratie, den die Losung „Wir sind das Volk“ einmal mehr unterstrichen hat: Teilhabe und Souveränität sind erstrebenswert! Was dieser Mut bewirkt hat, ist Geschichte. Und: Es ist Gegenwart. Wir alle leben und gestalten seit drei Jahrzehnten gemeinsam das Erbe jener Zeit. Das Erinnerungszeichen wird sicherlich seinen Teil dazu beitragen, beim Betrachten die eigenen Perspektiven auf und durch Freiheit zu beleuchten. Das hält nicht nur die Erinnerung an damals wach, sondern auch uns als aktive Bürgerinnen und Bürger heute.“



Foto: Landtag MV

Am 2. Oktober besuchte Vizepräsidentin Beate Schlupp (2.v.l.) anlässlich des 30. Jahrestages der Deutschen Einheit den Landtag Brandenburg. Potsdam richtete in diesem Jahr die Feierlichkeiten zum Jubiläum aus. Die Präsidentin des Brandenburger Landtages, Prof. Dr. Ulrike Liedtke (Mitte), sagte: „Der 3. Oktober steht für Einheit, Demokratie und Freiheit. Sie sind ein Glück für uns alle, ermöglicht von vielen mutigen Menschen vor drei Jahrzehnten. Die Einheit in Vielfalt wird in der Bundesrepublik als föderalem Staat gelebt. In den Parlamenten schlägt das Herz unserer freiheitlichen Demokratie.“ Am 3. Oktober nahmen die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente am offiziellen Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in Babelsberg teil. Am Abend trafen sie bei einem Empfang mit Direktorinnen und Direktoren des Deutschen Bundestags, des Bundesrats und der Landesparlamente und mit Bürgerdelegationen aller Bundesländer im Brandenburger Landtag zusammen.



Foto: Landtag Brandenburg/Konstantin Gastmann